

Recht | DEEN  
Dialogform

# PRIF 2024 JAHRESBERICHT

Intervent

TUNGSKONT

eltpurger Stimme



Peace Research Institute Frankfurt  
Leibniz-Institut für  
Friedens- und Konfliktforschung

Ree

# PRIF 2024

## JAHRESBERICHT



Peace Research Institute Frankfurt  
Leibniz-Institut für  
Friedens- und Konfliktforschung



# 8

## Das Erstarken der extremen Rechten in Deutschland

Rechte Narrative und reaktionäre Haltungen in der Mitte der Gesellschaft? Das Buch von Daniel Mullis untersucht den „Aufstieg der Rechten in Krisenzeiten“.



# 16

## Wie Kontrollinstitutionen scheitern

Im Namen des „Kriegs gegen Drogen“ stieg die tödliche Polizeigewalt in Brasilien und in den Philippinen dramatisch an. Ein DFG-gefördertes Forschungsprojekt untersuchte die Rolle politischer Eliten hierbei.

# 21

## Wie bewerten Menschen vor Ort Interventionen?

Antonia Witt und Sophia Birchinger haben erforscht, wie Interventionen afrikanischer Regionalorganisationen von der lokalen Bevölkerung erlebt werden, und sprechen mit uns über ihre Ergebnisse.



## Überblick

4	Editorial
6	Das war 2024
14	Publikationen Highlights 2024
27	Wir sind PRIF
34	Organigramm
42	Unser Team
44	Unsere Assoziierten
45	Budget und Bibliothek
50	Dissertationen 2024
56	Weltweit vernetzt
58	Förderer
72	Impressum

# 29

## Gewalt beenden und Frieden sichern

Das globale Konfliktgeschehen hat sich 2024 verschärft. Das Friedensgutachten nimmt Stellung und zeigt Lösungsansätze auf.

# 36

## Junge Weltbürger\*innen mit Ideen im Gepäck

Wie gelingt internationaler Austausch? Das Global House of Young Voices brachte junge Menschen aus Frankfurts Partnerstädten zu einem einwöchigen Summit zusammen.



# 46

## Heute forschen für die Rüstungskontrolle der Zukunft

Wie kann Physik zur Überwindung nuklearer Bedrohungen beitragen? Die neue Forschungsgruppe Science for Nuclear Diplomacy erforscht technische Grundlagen nuklearer Rüstungskontrolle.

# 52

## Vom „freien Recht zum Krieg“, das es so nie gab

Die moderne völkerrechtliche Ordnung mit Gewaltverbot wurde im 20. Jahrhundert geboren? Mit diesem lang etablierten Mythos räumt Hendrik Simon in seinem Buch „A Century of Anarchy“ auf.



# 60

## Wissenstransfer und Dialogformate

Im Profil: Sarah Brockmeier-Large leitet seit 2024 das Berliner Büro vom PRIF. Im Interview berichtet sie über die Dépendance im politischen Berlin.

# 63

## Ins Gespräch kommen – im Gespräch bleiben – Perspektiven entwickeln

Der kriselnden Rüstungskontrolle in Forschung und Praxis begegnen – das steht im Kern des Doktorand\*innenprojekts von PRIF und dem Auswärtigen Amt. Die erste Kohorte hat das Programm 2024 abgeschlossen.

# 69

## Neues Arbeiten in der Wissenschaft

Wie gelingen neue Arbeitsmodelle in der Wissenschaft? Das kollaborative Projekt „WorkNew@Leibniz“ hat hierzu Ideen entwickelt.



# EDITORIAL

Gut, dass wir im vergangenen Jahr noch nicht umgezogen sind, wir hätten dafür gar keine Zeit gehabt. Eigentlich war für den Sommer 2024 der Umzug des Instituts aus dem Frankfurter Bahnhofsviertel in das südlich gelegene Sachsenhausen geplant. Der Umzug verzögerte sich allerdings und wird nun 2025 sicher – ja, ganz sicher – stattfinden.

Die Verzögerung hatte aber auch ihr Gutes, so blieb mehr Zeit für unsere eigentliche Aufgabe: in nach wie vor sehr schwierigen Zeiten Wege hin zu einem nachhaltigen Frieden zu finden. Medial waren vor allem der russische Krieg in der Ukraine und der Krieg in Israel und Gaza weiter prägend. Das spiegelte sich auch in unserer Arbeit – obwohl es uns ein wichtiges Anliegen ist, auch auf die zahlreichen weiteren Konflikte hinzuweisen, die vergessen zu werden drohen.

Der Krieg in Gaza und Israel war zunehmend mit einer polarisierten Debatte hier in Deutschland verbunden – ein Thema, das wir im Rahmen unserer Jahreskonferenz aufgriffen und diskutierten und das uns weiterhin beschäftigt. Ein weiterer Anlass zum kritischen Nachdenken über diesen Konflikt war die posthume Verleihung des Hessischen Friedenspreises 2023 an die kanadisch-israelische Friedensaktivistin Vivian Silver, die im Rahmen eines Festaktes im Juli 2024 stattfand. Silvers Sohn, Yonatan Zeigen, nahm mit einer bewegenden Rede an der Feier teil.

Die sich im Herbst des Jahres anbahnende Bundestagswahl nahmen wir zum Anlass, den Friedensbegriff, der im Zuge der politischen Debatte über das Ende des Ukrainekriegs in Verruf

zu geraten schien, in das Zentrum einer eigenen Reihe auf dem PRIF-Blog und in verschiedenen Medienbeiträgen zu stellen. Dass dies weder eine rein akademische noch deutsche Debatte ist, zeigte sich in der Folge in den Friedensbemühungen des wiedergewählten US-Präsidenten Trump.

Auch wenn die Wiederwahl Trumps am Ende nicht mehr überraschend kam, so verblüfft aktuell doch die Geschwindigkeit, mit der er in seiner zweiten Präsidentschaft grundlegende Prinzipien der internationalen Ordnung einreißt. Dies ist ein Bereich, für den wir mit unserer gemeinsam mit der Goethe-Universität eingerichteten LOEWE-Forschungsgruppe Weltordnungen im Konflikt die Grundlagenforschung gestärkt und ausgebaut haben. Die Gruppe untersucht, wie eine tragfähige Sicherheits- und Friedensordnung auf europäischer und globaler Ebene aussehen kann, die Spannungen und Krisen produktiv bearbeitet.

Eine weitere neue Forschungsgruppe bearbeitet ein nicht weniger drängendes Thema. Im Rahmen unseres Clusters Natur- und Technikwissenschaftliche Rüstungskontrollforschung (CNTR) richteten wir gemeinsam mit der TU Darmstadt die Forschungsgruppe Science for Nuclear Diplomacy ein. Die Gruppe entwickelt neuartige Techniken, um die Einhaltung von Abkommen zur nuklearen Rüstungskontrolle mit Hilfe von experimenteller Physik und der computergestützten Reaktortechnik zu verifizieren.

Das vergangene Jahr war erneut eines der intensiven Vernetzung. Gemeinsam mit 16 weiteren Forschungseinrichtungen sind wir Gründungsmitglied der Frankfurt Alliance, die im September

des Jahres erstmals ein großes Science Festival im Herzen der Stadt veranstaltete. In der Leibniz-Gemeinschaft startete mit den Leibniz Labs ein neues Synthese- und Transferformat mit nationaler Sichtbarkeit. Das PRIF ist in drei der Labs mit unterschiedlichen thematischen Schwerpunkten vertreten.

Erneut freuen wir uns in diesem Jahresbericht über eine Reihe persönlicher Erfolge. Die Liste der Doktorand\*innen, die erfolgreich ihre Promotion abschlossen, wäre an dieser Stelle zu lang. Sie finden eine Übersicht beim Durchblättern durch dieses Heft. Preise für ihre Forschungsarbeiten erhielten Thomas Reinhold und Hendrik Simon. Auch hierzu finden Sie im Folgenden mehr. Daniel Mullis schaffte es mit seinem Buch „Der Aufstieg der Rechten in Krisenzeiten“ in die Sachbuch-Bestenliste von Zeit Online. Thorsten Gromes schloss erfolgreich sein Habilitationsverfahren ab. Malte Götttsche wurde auf eine Professur an der TU Darmstadt berufen und Sarah Brockmeier-Large übernahm die Leitung unseres Berliner Büros.

Aber kommen wir zurück zum Thema Umziehen. Zwar steht der physische Umzug noch aus, aber uns ist bereits der digitale Umzug in eine neue Webseite gelungen. Nach dem Rebranding-Prozess mit neuem Namen und Logo im Vorjahr, schlossen wir damit 2024 ein weiteres Großprojekt unserer Kommunikation planmäßig ab.

Wir haben uns aber nicht nur äußerlich verändert, sondern auch neue Transferformate entwickelt. Die Monitore und Fact Sheets aus den Projekten CNTR und PrEval erweitern unsere Angebote der gezielten Beratung von Politik und Fachpraxis. Es handelt sich um Publikationsformate, denen ein in die Projekte eingebetteter Wissenschafts-Praxis-Dialog vorausging.

Dialog ist auch das Stichwort für unsere Arbeit im Bereich der politischen Bildung. Ein Highlight des vergangenen Jahres war das Projekt „Global House of Young Voices“, ein politischer Summit von Jugendlichen aus Frankfurter Partnerstädten zum Anlass des Jubiläums der Paulskirche. Die Themen dieses internationalen Austauschs: Freiheit, Recht und Demokratie.

Damit wären die Themen gesetzt, die uns auch 2025 beschäftigen, vor allem aber auch motivieren werden. Gerade in Zeiten wie diesen ist es unser Anliegen, unsere Forschungen in einen engagierten Dialog mit ganz unterschiedlichen Akteuren zu bringen, Konflikte produktiv zu führen und Ideen für den Frieden zu entwickeln.

Wir möchten an dieser Stelle allen im PRIF danken, die daran mitwirken. Wir laden Sie ganz herzlich ein, mit diesem Jahresbericht mit uns einen Blick zurück auf ein weiteres intensives Jahr der Friedens- und Konfliktforschung in Frankfurt zu werfen.



Prof. Dr. Nicole Deitelhoff  
und Prof. Dr. Christopher Daase  
Geschäftsführung

# DAS WAR 2024

## PRIF IN DEN MEDIEN

**333** 

Interviews, Gastbeiträge und Meldungen von und mit PRIF-Forscher\*innen

**49** 

verschiedene Wissenschaftler\*innen waren in den Medien vertreten

**142** 

unterschiedliche Medien und Kanäle, davon 101 in Deutschland und 41 international

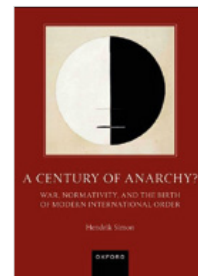
## PUBLIKATIONEN



PRIF Blogs  
**63**



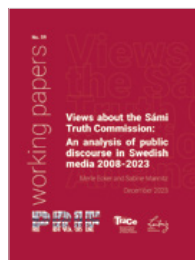
PRIF Reports/  
Projekt-Reports  
**13**



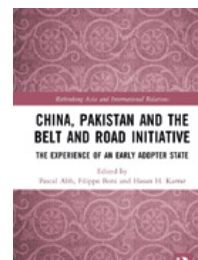
Monografien  
**6**



PRIF  
Spotlights/  
Policy Briefs  
**24**

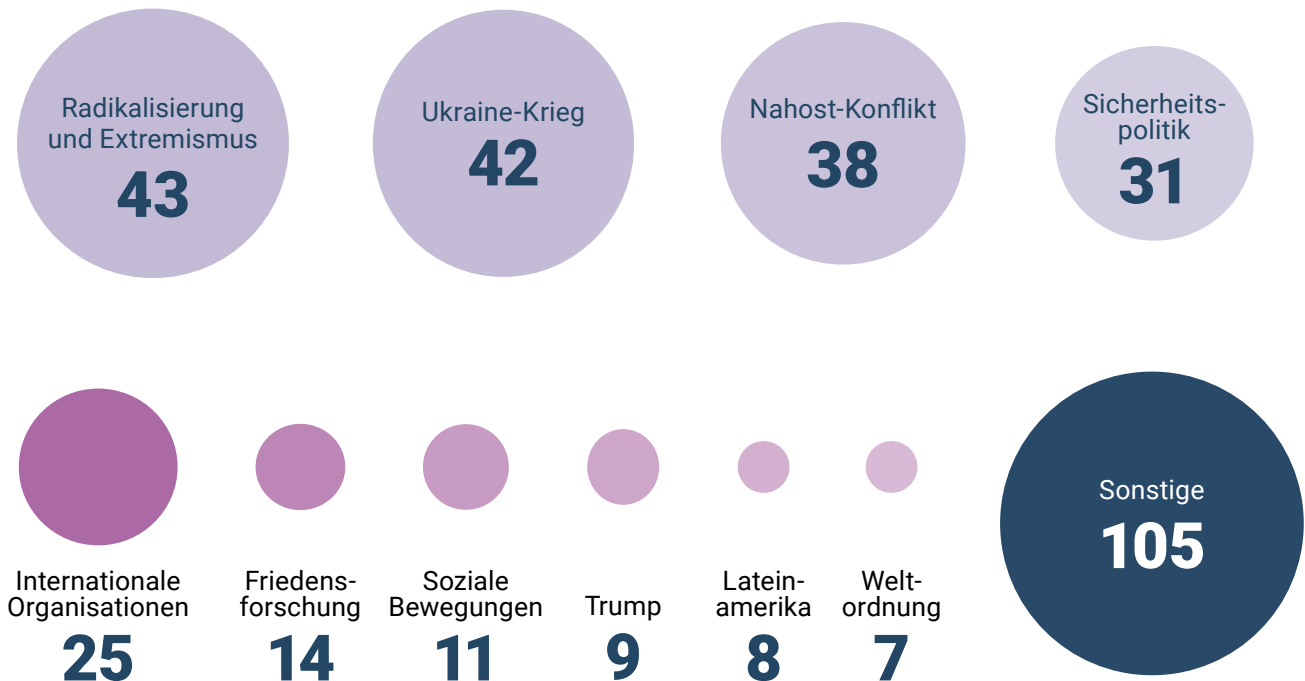


PRIF Working  
Papers/  
Arbeitspapiere  
**9**



Herausgeber-  
schaften von  
Sammelbänden  
**8**

## TOP THEMEN IN DEN MEDIEN



## LEHRVERANSTALTUNGEN



Artikel in  
Zeitschriften  
**55**  
davon 44 peer-  
reviewed

## JAHRESKONFERENZ

Weit weg und doch so nah: Bewaffnete Konflikte in der transnationalen Konstellation

10. – 11. Oktober 2024, Frankfurt/Main

Die Konferenz ging der Frage nach, wie moderne bewaffnete Konflikte in komplexen transnationalen Konstellationen stattfinden. Kriege wie z. B. im Gazastreifen werden einerseits innerhalb begrenzter geografischer Gebiete ausgetragen und sind in internationale Politik und Diplomatie eingebettet. Sie sorgen aber auch weltweit für Auseinandersetzungen. Hybride Akteure wie die Hamas sind global vernetzt. Unterschiedliche Deutungen des Krieges polarisieren Fachkreise und öffentliche Debatten, etwa in den sozialen Medien – selbst in Gesellschaften, die scheinbar nicht direkt betroffen sind.

VIEL BEACHTETE BUCHVERÖFFENTLICHUNG

# Das Erstarken der EXTREMEN RECHTEN in Deutschland



Warum sind rechte und rechtsextreme Bewegungen in Krisenzeiten erfolgreich? Dieser Frage geht Daniel Mullis in seinem Buch „Der Aufstieg der Rechten in Krisenzeiten“ nach – und sucht die Erklärung nicht rechtsaußen, sondern in der vielbeschworenen Mitte der Gesellschaft: Schließlich handelt es sich nicht um ein Randphänomen, wenn die AfD Wahlerfolge von bundesweit 20 Prozent der Stimmen erzielt. Im Gespräch berichtet er über den Forschungsprozess und beschreibt die Dynamiken, die reaktionäre Haltungen und rechte Ideologien in der Mitte der Gesellschaft anschlussfähig machen.

**Dein Buch „Der Aufstieg der Rechten in Krisenzeiten. Die Regression der Mitte“ ist im März 2024 im Reclam Verlag erschienen. Es wurde positiv rezensiert und im Herbst 2024 von der Bundeszentrale für politische Bildung neu aufgelegt. Um was geht es in deinem Buch?**

Das Buch ist aus meinem Forschungsprojekt „Alltägliche politische Subjektivierung und das Erstarken regressiver Politiken. Abstiegsängste, Urbanisierung und Raumproduktionen in Frankfurt am Main und Leipzig“ hervorgegangen, das

**In deinem Buch argumentierst du, dass es wichtig ist, die Blickrichtung zu wechseln. Du schlägst vor, nicht von der extremen Rechten zur Mitte der Gesellschaft zu blicken, sondern die Prozesse in der Mitte der Gesellschaft zu untersuchen, die dazu beitragen, dass die extreme Rechte dort so gut anschließen kann. In der Folge sprichst du von der „Regression der Mitte“. Was genau meinst du damit?**

Wenn man das Erstarken der extremen Rechten verstehen will, reicht es nicht, an die vermeint-

» Wenn die AfD mancherorts 35 bis 40 Prozent der Stimmen bekommt, dann müssen wir akzeptieren, dass das Prozesse sind, die in der Mitte der Gesellschaft stattfinden.

von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert wurde. Ich gehe darin der Frage nach, welche Rolle die gesellschaftlichen Entwicklungen der letzten Jahre – etwa die Finanzkrise, die COVID19-Pandemie, die Klimakrise und die Diskussion um Migration – beim Erstarken der extremen Rechten in Deutschland gespielt haben.

Im ersten Teil des Buches stelle ich diese gesellschaftlichen Entwicklungen, die Mobilisierungen und Debatten der letzten Jahre dar. Für den zweiten Teil, den empirischen Kern des Buches, habe ich zusammen mit meinem Kollegen Paul Zschocke Interviews in Frankfurt am Main und in Leipzig geführt und zwar in Stadtteilen, in denen die Partei Alternative für Deutschland (AfD) relativ stark vertreten ist. Wir haben uns das dortige gesellschaftliche Umfeld, die bestehenden Problemlagen, Alltagserfahrungen, aber auch Glückserwartungen angesehen. Im dritten Teil habe ich mich mit grundlegenden gesellschaftlichen Prozessen wie Individualisierung, Konkurrenz und Auswirkungen der neoliberalen Wettbewerbsförderung auseinandergesetzt.

lichen Ränder zu schauen und so zu tun, als hätten wir es mit einem Randphänomen zu tun. Wenn die AfD mancherorts 35 bis 40 Prozent der Stimmen bekommt, dann müssen wir akzeptieren, dass das Prozesse sind, die in der Mitte der Gesellschaft stattfinden.

Ich bin deshalb der Frage nachgegangen, was denn genau in dieser Mitte passiert. Mit meiner Forschung mache ich sichtbar, wie sich Menschen hierzulande Identitäten schaffen und wie sie mit Demokratie umgehen. Man könnte auch sagen, wie sich Gesellschaft selbst versteht. Ich argumentiere, dass die Menschen angesichts der krisenhaften Entwicklungen der vergangenen Jahre wahrnehmen, dass ihre Zukunftshoffnungen nicht mehr per se garantiert sind. Sie wissen, dass das Versprechen auf Wohlstand nicht mehr gilt – Stichwort Abstiegs-gesellschaft. Auch spüren sie die Folgen der Klimakrise und nehmen wahr, dass die Welt angesichts von Kriegen und Konflikten prekär ist. Dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine kommt hier eine große Bedeutung zu. Die Menschen haben also ein sehr klares Verständnis davon, dass wir in Umbruchszeiten leben.

Meine Untersuchung zeigt, dass Anspannung, Verunsicherung und Frustration in der Gesellschaft sehr weit verbreitet sind. Daraus folgen gesellschaftliche Schließungsprozesse: Menschen fangen an, anderen die Teilhabe zu verwehren. Sie wollen an eigenen Privilegien festhalten und nehmen dafür in Kauf, dass sie im Gegenzug andere ausschließen. Wir sehen an breiter Front Schließungsprozesse, die grundlegende Prinzipien des Demokratischen, der Teilhabe und des gemeinsamen Ringens um Themen in Frage stellen. Meine Formulierung „Regression der Mitte“ meint eben diese Reaktion auf Krisenphänomene – die nicht zuletzt auch aus einem Mangel an alternativen politischen Angeboten herrührt.

Darüber hinaus ist zu beobachten, dass sich diese Schließungsprozesse mit etablierten individualistischen Wettbewerbs- und Konkurrenzvorstellungen verbinden. So wächst in dieser aufgeladenen Stimmung die Bereitschaft, weniger wohlhabende Menschen, aber auch Migrant\*innen, von Teilhabe

und Anspruch auf soziale Sicherheit auszuschließen. Es geht hier ebenso um identitäre Schließungen wie um physische Grenzschießungen. Ein wichtiger Aspekt dabei ist die Rückkehr zu klassischen Geschlechtervorstellungen, die mit Angriffen auf queere Identitäten und nicht-binäre Lebensentwürfe einhergeht, aber auch Frauen tradierte Rollenbilder zuweist.

***Besonders bemerkenswert fand ich deinen Befund, dass die von dir befragten Personen selten ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild haben, sondern dass sich ihre politischen Identitäten aus Fragmenten zusammensetzen. Kannst du ausführen, was das für die politische Landschaft in Deutschland bedeutet?***

Es fällt auf, dass die gerade genannten Abgrenzungsprozesse nicht entlang klar scharfer Grenzen verlaufen. In praktisch allen Interviews kamen in unterschiedlichen Nuancen fremdenfeindliche und rassistische Einstellungsmuster zum Ausdruck. So ist zwar nicht überall ein offener Rassismus präsent, es ist aber eine allgemeine Bereitschaft

## ÜBER DAS BUCH

*Zwei zentralen Leitfragen geht die Publikation nach: Warum sind rechte und rechtsextreme Bewegungen in Krisenzeiten so erfolgreich? Und was sind Prozesse in der sogenannten Mitte der Gesellschaft, die rechte Narrative und Bewertungen anschlussfähig machen? Dafür wurden in Leipzig und Frankfurt am Main Interviews mit Bewohner\*innen von peripheren Vierteln geführt, in denen die AfD in den letzten Jahren stark war. Doch Daniel Mullis geht über eine Zustandsbeschreibung hinaus und fragt danach, welche Rolle Individualisierung und Neoliberalisierung der Gesellschaft spielen und wie progressive Politik in unsicheren Zeiten gelingen kann.*

*Mullis, Daniel (2024): Der Aufstieg der Rechten in Krisenzeiten. Die Regression der Mitte, Regensburg: Reclam.*

*Das Buch ist im Reclam-Verlag erschienen und wurde in das Angebot der Bundeszentrale für politische Bildung aufgenommen, wo es mittlerweile vergriffen ist. Das Buch belegte Platz 3 der Sachbuch-Bestenliste von Deutschlandfunk Kultur, ZDF und der ZEIT für Juli/August 2024.*



festzustellen, Migrant\*innen für gesellschaftliche Missstände verantwortlich zu machen und ihnen Plätze am unteren Ende der gesellschaftlichen Hierarchie zuzuweisen.

In den Gesprächen wurde Migrant\*innen etwa die Schuld daran zugewiesen, dass zu viele Autos im

» **Meine Forschung zeigt, dass extrem rechte Parteien gerade deshalb erstarken, weil sie im Graubereich auf Zuspruch setzen können. Deshalb reicht es eben nicht auf die vermeintlichen Ränder der Gesellschaft zu blicken.**

Viertel stunden, dass Sperrmüll falsch abgestellt werde oder dass es nachts zu laut sei. Um das an einem konkreten Beispiel auszuführen: Ein älteres Ehepaar mit eher konservativen Einstellungen engagiert sich in der Flüchtlingshilfe. Es ist der Meinung, dass Deutschland Zuwanderung braucht und dass die Menschen, die herkommen, oft gut ausgebildet sind. Deren Platz sehen sie dann aber in Arbeitsbereichen mit geringem Einkommen, etwa in der Pflege und beim Kofferschleppen. Auch ihre Nachbarin, eine nach Deutschland eingewanderte Ärztin, beäugen sie kritisch und beurteilen sie nach dem Motto „die passen nicht ganz zu uns“.

Die quantitative Meinungs- und Einstellungsforschung, wie zum Beispiel die letzte Mitte-Studie, kommt zu dem Ergebnis, dass in Deutschland ungefähr acht Prozent der Menschen manifest rechtsextrem sind und sich vielleicht noch 20 Prozent in einem Graubereich mit rechtsextremen Tendenzen bewegen. Das sind dramatische Zahlen. Meine Forschung zeigt, dass extrem rechte Parteien gerade deshalb erstarken, weil sie im Graubereich auf Zuspruch setzen können. Deshalb reicht es eben nicht auf die vermeintlichen Ränder der Gesellschaft zu blicken.

**Um noch einmal genauer nachzufragen: Wie werden diese Einstellungen für die extreme Rechte zugänglich?**

Es ist wichtig zu verstehen, dass das starke Ansteigen des Wahlzuspruchs für extrem rechte Parteien nicht gleichbedeutend damit ist, dass die Menschen allesamt manifest rechtsextreme Einstellungen entwickeln. Doch vertrauen sie in gewissen Bereichen, die für ihre Wahlentscheidungen relevant sein können, der extremen Rechten deutlich stärker als anderen Parteien. Migration ist zwar nicht das einzige Thema, bei dem etwa die AfD deutlich punktet, es ist aber eines ihrer zentralen Themen. Wenn dann im politischen Betrieb andauernd über Migration gesprochen wird, schüttet man permanent Wasser auf die Mühlen der extremen Rechten und bietet ihnen die Möglichkeit, sich weiter zu profilieren.

Die Verschärfungsrhetorik beim Thema Migration, die man im Vorfeld der Bundestagswahl 2025 gesehen hat, hat den demokratischen Parteien der bürgerlichen Mitte keine zusätzlichen Stimmen gebracht. Sie führt nur dazu, dass eine Einstellung im Sinne von „ah, schaut mal her, ohne die AfD

» **So zeigen Nachwahlbefragungen, dass die AfD zunehmend auch in vielen anderen Themenbereichen Zuspruch erhält und als kompetent wahrgenommen wird. Hier setzt ein Prozess der Normalisierung ein.**

würden die anderen Parteien ja nicht reagieren – ein Glück, dass es sie gibt“ entsteht und die Bereitschaft wächst, diese Partei auch zu wählen. Das heißt nicht, dass sich Wähler\*innen vollständig von dieser Partei angesprochen fühlen, die nach Verfassungsschutz in Teilen als gesichert rechtsextrem gilt. Um für die AfD zu stimmen, genügt es diesen Wähler\*innen, dass sie sich an einigen Punkten zugehörig fühlen und überzeugt sind, dass diese Partei das Richtige tut. Mit der Zeit

## DAS PROJEKT



Das Buch ist im Rahmen des Projekts „Alltägliche politische Subjektivierung und das Erstarken regressiver Politiken. Abstiegsängste, Urbanisierung und Raumproduktionen in Frankfurt am Main und Leipzig“ erschienen. Das Vorhaben wurde ab 2021 von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) gefördert.

normalisiert sich bei diesen Wähler\*innen eine rechtsextreme Haltung. So zeigen Nachwahlbefragungen, dass die AfD zunehmend auch in vielen anderen Themenbereichen Zuspruch erhält und als kompetent wahrgenommen wird. Hier setzt ein Prozess der Normalisierung ein.

### **Könntest du noch einmal genauer erläutern, wie ihr bei eurer Forschung vorgegangen seid?**

Gerne. Zusammen mit meinem Kollegen Paul Zschocke habe ich in zwei Stadtteilen in Frankfurt am Main und einem in Leipzig leitfadengestützte Interviews geführt. Wir haben Stadtteile ausgewählt, in denen die AfD relativ stark ist, wobei „stark“ jeweils unterschiedlich große Stimmanteile meint. Wir sind mit den Menschen zunächst einmal darüber ins Gespräch gekommen, wie es ihnen im Stadtteil geht, was ihre Erfahrungen und

und Rassismus jenseits der gesellschaftlichen Mitte vollzieht, sondern dieser Prozess betrifft die gesamte Gesellschaft.

**Seit dem Erscheinen des Buches warst du bei Lesungen und hast viele Interviews gegeben. Im Oktober 2024 hast du zusammen mit dem Institut für Sozialforschung, dem Kassel Institut for Sustainability, dem Offenen Haus der Kulturen und dem AstA der Goethe-Universität die Konferenz „Extreme Rechte in Hessen: Analyse und Gegenstrategien“ in Frankfurt am Main ausgerichtet. Warum hast du das gemacht? Und wie?**

Ja, es ist mir sehr wichtig, mit Forschung in die Zivilgesellschaft hineinzuwirken. Unsere Tagung, die von der Deutschen Forschungsgemeinschaft, der Stadt Frankfurt und der Rosa Luxemburg Stiftung gefördert wurde, hatte das explizite Ziel,

„**Mein Eindruck ist, dass wir von einem langfristigen Erstarken der extremen Rechten stehen. Die AfD wird nicht so schnell wieder verschwinden.**“

Wünsche sind und wie sie Politik wahrnehmen. Es sind rund fünfzig qualitative Interviews entstanden, die wir ausgewertet und in Workshops gemeinsam mit Kolleg\*innen intensiv diskutiert haben. Bei der Auswertung wurde offensichtlich, dass Krisenerfahrungen und rassistische Resentiments nicht bei allen Interviewpartner\*innen stark ausgeprägt waren, sie sich aber dennoch in unterschiedlicher Weise durch alle Gespräche gezogen haben. Deshalb kann man nicht behaupten, dass sich die Verknüpfung von Krisenerfahrung

eine Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Zivilgesellschaft zu bilden und auch Menschen anzusprechen, die sich gegen rechts engagieren. Wir konnten mit Aktiven aus der Lokalpolitik und Mitarbeiter\*innen aus NGOs über das Erstarken der extremen Rechten in Hessen diskutieren.

In Hessen hat die AfD schon bei der Landtagswahl 2023 einen Stimmanteil von 18,4 Prozent erhalten – und damit ein Ergebnis erzielt, das sich bei der Bundestagswahl 2025 wiederholt hat. In Hessen

hatte die terroristische Vereinigung „Nationalsozialistischer Untergrund“ starke Strukturen. Es kam in diesem Bundesland immer wieder zu rechter Gewalt, wie der Anschlag in Hanau 2020 gezeigt hat. Deshalb wollten wir mit der Konferenz einen Ort schaffen, der ebenso einen intensiven zivilgesellschaftlichen Austausch wie ein wissenschaftliches Format bieten sollte.

Die Tagung war sehr gut besucht. An den beiden öffentlichen Abendveranstaltungen haben insgesamt über 300 Menschen teilgenommen. Daneben gab es Workshops, in denen wir in Kleingruppen

lerweile flächendeckend die stärkste Kraft. Auch in Westdeutschland haben wir massive Zugewinne der AfD gesehen. Es ist eine gesellschaftliche Aufgabe, hier stärker hinzuschauen. Ein großes Manko der gerade abgeschlossenen Koalitionsverhandlungen ist das Fehlen von Themen wie Rechtsextremismus und Demokratieförderung. Angesichts der Entwicklungen, vor denen wir stehen, kann das eigentlich nicht sein.

Es wäre zu wünschen, dass die Parteien nach der Bundestagswahl 2025 mit einer Politik beginnen, die den Herausforderungen der Zeit gerecht wird.

» Ein großes Manko der gerade abgeschlossenen Koalitionsverhandlungen ist das Fehlen von Themen wie Rechtsextremismus und Demokratieförderung.

gearbeitet haben. Die Tagung hat das große öffentliche Interesse für eine Wissenschaft gezeigt, die sich in den Dialog begibt und den Transfer von Wissen mit den Menschen vor Ort realisiert.

***Du hast es schon kurz angesprochen: Das Thema Migration hat im Bundestagswahlkampf 2025 hohe Wellen geschlagen. Wie schätzt du die weitere politische Entwicklung in Deutschland ein?***

Mein Eindruck ist, dass wir vor einem langfristigen Erstarken der extremen Rechten stehen. Die AfD wird nicht so schnell wieder verschwinden. Gerade im Osten, Berlin ausgenommen, ist die Partei mitt-

Innerdemokratische Polarisierung und gegenseitige Anfeindungen sollten beendet werden. Vor allem müssten soziale und ökologisch tragfähige Zukunftsperspektiven für Deutschland und die Europäische Union formuliert werden. Es ist Zeit, mehr soziale Sicherheit zu schaffen und sich nicht hinter einer Scheinlösung zu verschanzen, die suggeriert, die Probleme der Welt seien durch die Einschränkung von Migration zu lösen. Es gilt, auf demokratische Weise die Klimakrise genauso wie die globalen Machtverschiebungen zu bewältigen.  
(ugr)

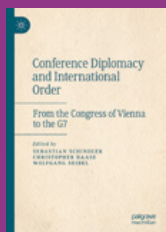


Dr. Daniel Mullis ist Senior Researcher im Programmbereich Globale Verflechtungen und Vorsitzender des Forschungsrats. Er arbeitet zu sozialen Konflikten, räumlicher Ungleichheit und insbesondere zum Erstarken der extremen Rechten. Darüber hinaus beschäftigt er sich mit Neoliberalisierungsprozessen und Stadtentwicklung.

# PUBLIKATIONEN

## Highlights 2024

### DIPLOMATISCHE KONFERENZEN UND DIE INTERNATIONALE ORDNUNG

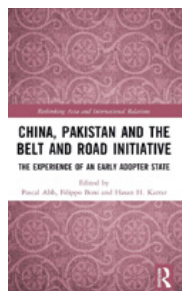


Der Sammelband blickt aus interdisziplinärer Perspektive auf die Bedeutung der Konferenzdiplomatie für die internationale Ordnung.

Schindler, Sebastian/Daase, Christopher/Seibel, Wolfgang (Hrsg.): Conference Diplomacy and International Order: From the Congress of Vienna to the G7, Palgrave Macmillan, 2024.

### CHINA, PAKISTAN UND DIE NEUE SEIDENSTRASSE

Der Sammelband bietet eine umfassende Analyse der Auswirkungen des chinesisch-pakistanischen Wirtschaftskorridors auf die pakistanische Wirtschaft, Politik und Gesellschaft.



Abb, Pascal/Boni, Filippo/Karrar, Hasan H. (Hrsg.): China, Pakistan and the Belt and Road Initiative: The Experience of an Early Adopter State, Routledge, 2024.

### ISLAMISTEN UND DIE WESTLICH DOMINIERTE WELTORDNUNG

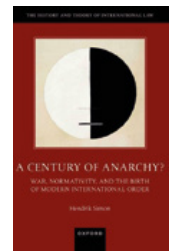


Die Monografie von Hanna Pfeifer untersucht das vielschichtige Verhältnis islamistischer Gruppen zur westlich dominierten globalen Ordnung – von Widerstand gegen manche Aspekte bis hin zu Anerkennung anderer.

Pfeifer, Hanna: Islamists and the Global Order. Between Resistance and Recognition, Edinburgh University Press, 2024.

### EIN JAHRHUNDERT DER ANARCHIE?

Die Monografie von Hendrik Simon dekonstruiert den Mythos eines „freien Rechts auf Krieg“ im 19. Jahrhundert und zeichnet die Geburt der modernen internationalen Ordnung nach.



Simon, Hendrik: A Century of Anarchy? War, Normativity, and the Birth of Modern International Order, Oxford University Press, 2024.

### DER AUFSTIEG DER RECHTEN IN KRISENZEITEN

Das Buch von Daniel Mullis untersucht, warum rechte Bewegungen in Krisenzeiten so erfolgreich sind und unter welchen Bedingungen deren Narrative auch in der sogenannten Mitte der Gesellschaft erfolgreich sind.

Mullis, Daniel: Der Aufstieg der Rechten in Krisenzeiten: Die Regression der Mitte, Reclam, 2024.



Göttsche, Malte/Daase, Christopher (Hrsg.): *Perspectives on Dual Use. CNTR Monitor – Technology and Arms Control 2024*, Frankfurt/M: PRIF.

Abb, Pascal: Is there a Chinese “Developmental Peace”? Evidence from the Belt and Road Initiative’s Impact on Conflict States, in: *Journal of Contemporary China*, 2024.

Bethke, Felix S./Haass, Felix/Niemann, Holger: The Language of Responsibility in the United Nations Security Council, 1946–2020, in: *International Studies Quarterly*, 68(2), 2024.

Weipert-Fenner, Irene/Rossi, Federico M./Sika, Nadine/Wolff, Jonas (Hrsg.): *Trust and Social Movements [Special issue]*. *International Journal of Comparative Sociology*, 65(4), 2024.

Christian, Ben/Peters, Dirk: Establishing Trust and Distrust when States Leave International Organisations: The Case of Brexit, in: *Journal of European Public Policy*, 2024.

Polianskii, Mikhail: Inside Vladimir Putin’s Hall of Mirrors: How the Kremlin’s Miscalculation of Western Resolve Emboldened Russia’s Invasion of Ukraine, in: *Nationalities Papers*, 2024.

Extremismusprävention, Demokratieförderung und politische Bildung durch Evaluation stärken. Ergebnisse und Empfehlungen aus dem PrEval-Netzwerk, PrEval Monitor, 1. Aufl. 2024, Frankfurt/M.

Bandarra, Leonardo/Mayhew, Noah/Göttsche, Malte: The IAEA and Irreversibility: Addressing Political, Institutional, and Technological Verification Challenges in Former Nuclear-Armed States, in: *Journal for Peace and Nuclear Disarmament*, 7(2), 2024.

Schmid, Stefka/Pham, Bao-Chau/Ferl, Anna-Katharina: Trust in Artificial Intelligence: Producing Ontological Security through Governmental Visions, in: *Cooperation and Conflict*, 2024.

Ben Aharon, Eldad: Profiles in Intelligence: An Interview with the 17th Chief of Staff of the Israel Defense Forces, Moshe (Bogie) Ya’alon, in: *Intelligence and National Security*, 2024, 1–20.

Weipert-Fenner, Irene/Wolff, Jonas: Speaking Across Areas: The South–South Travel of Concepts as a Neglected Dimension of the Area Studies Debate, in: *International Studies Review*, 26(1), 2024, 19–21.

Tkocz, Maximilian/Stritzel, Holger: Articulating a Delicate Balancing Act: Identity and Ontological Insecurity in Germany’s Narrative Responses to Israel 1993–2023, in: *German Politics*, 2024.

Fehl, Caroline: Forum-shifting from Above and Below: International Stratification and the Fragmentation of the Nuclear Nonproliferation Regime Complex, in: *Journal of International Relations and Development*, 27, 2024, 315–340.

Rahlf, Lotta: Participatory Theatre for Preventing Violent Extremism through Education: Reflections on Prospects and Preconditions, in: *Journal for Deradicalization*, 39, 2024, 77–93.

Daase, Christopher/Deitelhoff, Nicole: Wer hat uns verraten?, in: *ZIB Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, 31(2), 2024, 82–105.

## „KRIEGE GEGEN DROGEN“ IN BRASILIEN UND DEN PHILIPPINEN

# WIE Kontrollinstitutionen SCHEITERN

**Unter den Präsidenten Michel Temer und Jair Bolsonaro in Brasilien und dem Präsidenten Rodrigo Duterte in den Philippinen kam es zu einem dramatischen Anstieg in der Anwendung tödlicher Polizeigewalt. Wie konnte das passieren? Beide Länder sind Demokratien und haben mit Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung eigentlich Mechanismen, um exzessive Polizeigewalt einzugehen. Ein durch die DFG gefördertes Forschungsprojekt hat Polizeigewalt auf den Philippinen und in Brasilien im Vergleich untersucht. Dabei konzentrierten sich die Forscher\*innen auf die Rolle der politischen Eliten. Die Ergebnisse geben Aufschluss darüber, welche Faktoren dafür sorgen können, dass demokratische Kontrollinstitutionen versagen.**

Im Februar 2018 ordnete der brasilianische Präsident Michel Temer eine Militärintervention in Rio de Janeiro an und übertrug einem Armeegeneral die Verantwortung für die öffentliche Sicherheit. Die Intervention, die als Antwort auf organisierte Kriminalität dargestellt wurde, führte zu einem 35-prozentigen Anstieg der Tötungen durch die Polizei in diesem Bundesstaat. Darüber hinaus gab es zahlreiche Berichte über Misshandlungen. Anstatt Ordnung wiederherzustellen, eskalierte die Operation die Gewalt in armen Bevölkerungsgruppen. Trotzdem lobte Temer den Einsatz als Erfolg und bekräftigte damit die Militarisierung der Polizeiarbeit.

Im Februar 2020 meldete die Polizei in der philippinischen Provinz Bulacan mehrere gewalttätige Auseinandersetzungen, bei denen sechs Drogenhändler getötet wurden. Berichten zufolge wurden Drogen und Waffen sichergestellt. Später stellte

sich allerdings heraus, dass die betreffenden Personen bereits Tage zuvor ohne Haftbefehl festgenommen, in Polizeigewahrsam gehalten und dann paarweise in abgelegene Gebiete gebracht und dort hingerichtet wurden. Was ursprünglich als Selbstverteidigung ausgegeben wurde, entpuppte sich als vorsätzliche Tötung durch die Polizei.

Diese beiden Beispiele verdeutlichen die tödlichen Folgen, die nationale „Kriege gegen Drogen“ haben können – von politischen Maßnahmen auf höchster Ebene bis hin zu den Handlungen einfacher Beamter auf der Straße.

Dieses Muster exzessiver und nicht selten außergerichtlicher Tötungen bildet den Hintergrund für die zentrale Frage des Projekts: Inwieweit können andere politische Akteure solche Gewalt verhindern oder zumindest eindämmen, wenn



New York City, 2016: Aktivist\*innen protestieren vor dem philippinischen Generalkonsulat gegen den „Krieg gegen Drogen“ von Präsident Duterte.

sie dabei gegen einen Präsidenten arbeiten, der Verfassungsnormen und Rechtsstaatlichkeit offen missachtet oder aushöhlt?

### DRAMATISCHER ANSTIEG DER TÖTUNGEN DURCH DIE POLIZEI

Selbst vor dem Aufstieg dieser Hardliner wiesen Brasilien und die Philippinen deutlich höhere Raten an Polizeigewalt auf als ihre Nachbarländer. Während die brasilianische Polizei zwar schon seit langem für ihre Brutalität bekannt war, haben die Tötungen seit 2016 weiter zugenommen. Auch auf den Philippinen waren die Tötungen durch die Polizei nicht neu, stiegen allerdings seit dem ersten Tag von Dutertes Amtszeit dramatisch an. Wie konnte das passieren?

Ein Großteil der bestehenden Forschung zu exzessiver Polizeigewalt erklärt diese entweder durch äußere Bedingungen – beispielsweise Armut oder

hohe Kriminalitätsraten in bestimmten Regionen – oder durch interne Probleme innerhalb der Polizeiorganisationen. Letzteres umfasst zum Beispiel die Organisationskultur oder spezifische Strategien der Verbrechensbekämpfung. Diese Faktoren erklären jedoch nicht den plötzlichen Anstieg der Tötungen, der eindeutig durch Veränderungen in der nationalen Politik ausgelöst wurde.

In beiden Ländern korrelierte der Anstieg tödlicher Polizeigewalt mit den Amtszeiten von Präsidenten, die sich einer populistischen harten Anti-Verbrechens-Rhetorik bedienten und explizit Unterstützung oder Toleranz für tödliche Polizeigewalt signalisierten. Unter dem brasilianischen Präsidenten Michel Temer stieg die Zahl der Fälle tödlicher Polizeigewalt um 125 Prozent, was im Jahr 2018 über 5.000 Opfer bedeutete. Unter dem nachfolgenden Präsidenten Jair Bolsonaro setzte



Rio de Janeiro, 2017: Mütter und Angehörige von jungen Schwarzen Männern, die von der Polizei getötet wurden, protestieren gemeinsam mit Aktivist\*innen gegen Polizeigewalt.

der Trend sich weiter fort und kostete über 6.000 Menschen jährlich das Leben. Auf den Philippinen war die Eskalation noch dramatischer: In den ersten sechs Monaten von Dutertes Amtszeit wurden über 2.400 Menschen durch die Polizei getötet – eine 20-fache Steigerung im Vergleich zu den Jahren zuvor.

Ausgehend von diesen politischen Veränderungen analysierten Peter Kreuzer und Ariadne Natal die Rolle der nationalen und lokalen Eliten – sowohl in Politik als auch Verwaltung – als Ermöglicher der nachfolgenden Gewaltwellen.

#### UNGESCHRIEBENE REGELN DER HÄRTE

Zwar sind Brasilien und die Philippinen Demokratien, allerdings werden sie in internationalen Indizes oft als „defizitäre Demokratien“ eingestuft. Nichtsdestotrotz sind formelle institutionelle Mechanismen vorhanden, die exzessive Machtausübung durch die Exekutive eigentlich in Schach halten sollen. Die zentrale Frage ist, ob diese Me-

chanismen funktioniert haben – und wenn nicht, wieso sie die Gewalt nicht verhindern, verringern oder beenden konnten.

Um das zu untersuchen, haben Peter Kreuzer und Ariadne Natal den Blick auf das Zusammenspiel zwischen formellen und informellen Institutionen gerichtet.

Formelle Institutionen – Gesetze, Regulierungen und Verfassungsnormen – bestimmen den rechtlichen Rahmen einer Gesellschaft. Sie legen fest, wie sich Menschen und auch staatliche Einrichtungen zu verhalten haben. Ihre Wirksamkeit hängt jedoch von der Bereitschaft der Machthaber ab, sie durchzusetzen und zu befolgen. An dieser Stelle kommen informelle Institutionen ins Spiel.

„Informelle Institutionen sind geteilte soziale Normen, die beeinflussen, wie Menschen Ereignisse interpretieren und auf sie reagieren. Sie entstehen und entwickeln sich durch Interaktio-

nen und gemeinsame Erwartungen und können formale Regeln entweder unterstützen, ergänzen oder untergraben. Im Gegensatz zu Gesetzen sind sie ungeschrieben und werden durch gegenseitiges Verständnis aufrechterhalten. Das macht sie sowohl mächtig als auch schwer fassbar“, erklärt Peter Kreuzer.

Sowohl in Brasilien als auch auf den Philippinen schreiben formelle Institutionen vor, dass die polizeiliche Drogenbekämpfung den gesetzlichen Normen entsprechen muss. Allerdings wurden diese Regeln durch die zunehmende Verbreitung informeller Normen untergraben, die von nationalen Machthabern propagiert wurden. Während seiner Präsidentschaftskampagne erklärte Duterte berüchtigterweise: „Vergesst die Menschenrechte... Ich werde euch töten. Ich werde euch alle in die Bucht von Manila werfen und die Fische mästen.“ Nach seinem Amtsantritt sagte er, er würde mit Freuden drei Millionen Drogenabhängige „abschlachten“. Er schlug sogar vor, Tatverdächtige, die sich ergeben, dazu zu bringen, weiter zu kämpfen, indem man ihnen geladene Waffen aushändigte. Diese informellen Aufrufe zur Gewalt wurden in der Polizeihierarchie übernommen. Ein Polizeidirektor aus einer Provinz verglich die Drogenkampagne mit der Bekämpfung des Dengue-Fiebers und rechtfertigte die Tötungen, indem er Drogenverdächtige mit Moskitos verglich.

Duterte und andere haben eine bisher unbedeutende informelle Institution gestärkt: eine Reihe von Normen und Regeln, die mit den formalen Rechtsnormen konkurrierten. Dieses Narrativ einer existenziell bedrohten Nation, das angeblich illegale Gewalt rechtfertigte, gewann an Legitimität, als klar wurde, dass die Kampagne breite öffentliche Unterstützung hatte.

### AUSHEBELUNG DER KONTROLLE

Das Entscheidende ist, dass die formellen Aufsichtsorgane – von der Legislative bis zur Staatsanwaltschaft – passiv oder mitschuldig blieben. Ermittlungen gegen polizeiliches Fehlverhalten waren selten. Auch stellten diese Institutionen trotz des dramatischen Anstiegs der Zahl der Todesopfer nicht das vorherrschende Narrativ der polizeilichen „Selbstverteidigung“ in Frage, hinter dem sich gezielte Tötungen verbargen. Informelle Normen politischer Unterwürfigkeit, insbesondere in einem klientelistischen System wie den Philippinen, wo das politische Überleben oft eher von der Loyalität gegenüber mächtigen Persönlichkeiten als von ideologischen Verpflichtungen abhängt, spielten bei diesem Versagen eine zentrale Rolle. Auch wenn die Details sich unterscheiden, zeigte sich in Brasilien ein ähnliches Muster. Sowohl Temer als auch Bolsonaro verstärkten eine Reihe von zuvor marginalen Normen, die tödliche Polizeigewalt rechtfertigten, oft in direktem Widerspruch

## WEITERLESEN

Kreuzer, Peter: The Arrest of Rodrigo Duterte: A Turning Point for Justice and Accountability?, PRIF Blog, 12. März 2025 .

Natal, Ariadne/Kreuzer, Peter: Violent Mandates: Presidential Power, Institutional Failure, and the Rise of Police Killings in Brazil and the Philippines, PRIF Report 6/2024, Frankfurt/M.

Kreuzer, Peter/Natal, Ariadne: Police Use of Deadly Force in Brazil and the Philippines: What Macro-Level Factors Tell us, PRIF Report 4/2023, Frankfurt/M.

Kreuzer, Peter: Killing Politicians in the Philippines: Who, Where, When, and Why, PRIF Report 2/2022, Frankfurt/M.

Kreuzer, Peter: „If You Can't Beat Them, Kill Them“. Fatal Violence Against Politicians in the Philippines, PRIF Report 2/2021, Frankfurt/M.

zu rechtlichen Standards. Diese informellen Normen wurden durch öffentliches Lob für gewalttätige Beamte, symbolische Handlungen und Gesetze, die die Polizei vor der Rechenschaftspflicht schützen sollten, bekräftigt. Das Narrativ vom Krieg gegen das Verbrechen rechtfertigte außergewöhnliche – und oft illegale – Maßnahmen. Unterdessen sahen die formellen Aufsichtsmechanismen – vom Kongress bis zu den Staatsanwälten – weitgehend tatenlos zu. Ihre Untätigkeit beruhte auf verschiedenen Faktoren wie ihrer politischen Ausrichtung, der Trägheit der Institutionen und der Angst vor negativen Wahlauswirkungen in einer Gesellschaft, in der öffentliche Sicherheit nach wie vor ein bedeutendes politisches Thema ist.

In beiden Ländern gelang es den Präsidenten, eine vormals randständige Hardliner-Position in eine Mainstream-Doktrin für die Strafverfolgung zu verwandeln. Dadurch wurden Institutionen, die eigentlich als Kontrollinstanzen dienen sollten, zu passiven Beobachtern.

Die Forscher\*innen kombinierten eine umfassende Datenanalyse mit Feldforschung, einschließlich Interviews mit Bürgermeister\*innen, Gouverneur\*innen, Polizeikommandeur\*innen,

Staatsanwält\*innen und Menschenrechtsvertreter\*innen. Ihre Ergebnisse wurden in zwei PRIF Reports, mehreren PRIF Spotlights und verschiedenen Blogartikeln veröffentlicht. Weitere Veröffentlichungen von Peter Kreuzer befassen sich mit der Frage, wie Politiker\*innen auf den Philippinen seit langem mit tödlicher Gewalt gegen politische Gegner\*innen vorgehen – Praktiken, die zwar offiziell verurteilt werden, aber im lokalen politischen Wettbewerb weiterhin fest verankert sind.

Die von Kreuzer und Natal identifizierten Mechanismen, die dem Kontrollversagen zugrunde liegen, sind nicht allein auf Brasilien und die Philippinen beschränkt. Sie vermitteln weitergehende Erkenntnisse über die Grenzen der demokratischen Widerstandsfähigkeit: Formale Institutionen wie Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung und Menschenrechte sind unerlässlich, aber nicht ausreichend. Ihre Wirksamkeit hängt davon ab, ob die politischen Eliten die Grundsätze, für die diese Institutionen stehen, wirklich aufrechterhalten und verteidigen – auch unter Druck. Wenn informelle Normen und politische Interessen die verfassungsmäßigen Werte außer Kraft setzen, können selbst die stärksten formalen Rahmenbedingungen versagen. (ewa)



Dr. Ariadne Natal ist assoziierte Forscherin am Programmbereich Innerstaatliche Konflikte. Dr. Peter Kreuzer ist Senior Researcher am Programmbereich Innerstaatliche Konflikte.

Das Projekt „Demokratie jenseits legitimen Zwangs: Tödliche Gewaltanwendung durch die Polizei in den Philippinen und Brasilien“ wurde durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) gefördert.





**FORSCHUNGSPROJEKT ABGESCHLOSSEN**

# WIE BEWERTEN **Menschen vor Ort** INTERVENTIONEN?

Afrikanische Regionalorganisationen wie die Afrikanische Union (AU) oder die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) sind zentrale Akteure der Friedenssicherung und Konfliktbearbeitung. Ein DFG-gefördertes Projekt der Forschungsgruppe *African Intervention Politics* hat untersucht, wie die lokale Bevölkerung die Regionalorganisationen und ihre Interventionen erlebt und bewertet. Im Jahr 2024 fanden zahlreiche Transferaktivitäten zu den Ergebnissen des Projekts statt.



## Im Gespräch mit

### ANTONIA WITT UND SOPHIA BIRCHINGER

Dr. Antonia Witt ist Leiterin der Forschungsgruppe African Intervention Politics im Programmbereich Globale Verflechtungen. Sophia Birchinger ist Doctoral Researcher im Programmbereich Globale Verflechtungen und in der Forschungsgruppe African Intervention Politics.

***In eurem Projekt habt ihr lokale Wahrnehmungen der Interventionen von AU und ECOWAS in Burkina Faso und Gambia untersucht. Beide Organisationen haben den Anspruch, dass sie menschenzentriert („people-centered“) agieren, es soll z. B. lokale „ownership“ für die Interventionen geben und sie sollen inklusiv sein. Gelingt es den Organisationen, diesem Anspruch gerecht zu werden?***

**ANTONIA WITT:** In dieser Form gelingt es ihnen nicht. Wir haben gesehen, dass die Forschungsteilnehmenden AU und ECOWAS als Organisationen wahrnehmen, die sehr stark an den Interessen von Staatschefs orientiert sind. Im frankophonen Westafrika ist der Ausdruck „syndicats des chefs d'État“, also die Gewerkschaften der Staatschefs, sehr weit verbreitet. Dieses dominante Bild der Organisationen hat sich auch durch die Interventionserfahrungen nicht sonderlich verändert.

***Und woran liegt das?***

**SOPHIA BIRCHINGER:** Die Menschen erleben die Interventionen zunächst als sehr weit weg von ihrem Alltag und verbinden sie vor allem mit Verhandlungen zwischen Präsidenten oder Mediationsversuchen auf politischer Ebene. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass es lokal eine Wertschätzung dafür gibt, dass die Organisationen in Krisensituationen intervenieren und das „normale Leben“, wie es oft genannt wird, wiederherstellen.

**ANTONIA WITT:** Die primären Ziele der Interventionen sind auf die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung konzentriert. Dementsprechend sind auch die Praktiken der Intervenierenden auf einen Machtausgleich zwischen den Eliten der Länder ausgerichtet. Aber wir können in unserer Forschung zeigen, dass die Interventionen dennoch sehr positive Effekte

auf das alltägliche Leben derjenigen haben können, die nicht direkt eingebunden sind. Darauf gründet sich dann auch diese Wertschätzung.

**Wie kamt ihr dazu, lokale Wahrnehmungen dieser Interventionen von afrikanischen Akteuren zu untersuchen? Welche Forschungslücke gab es hier?**

**ANTONIA WITT:** Der Hintergrund ist zunächst, dass afrikanische Regionalorganisationen wie AU und ECOWAS verstärkt Friedensmissionen in ihre Mitgliedsstaaten entsenden. Das spiegelt globale Machtverschiebungen wider und die zunehmend wichtige Rolle von Regionalorganisationen in der internationalen Friedenssicherung. Die Interventionsforschung konzentriert sich aber weiterhin sehr stark auf die Vereinten Nationen oder westliche Intervenierende. Das ist besonders sichtbar in der Forschung zu den lokalen Auswirkungen und gesellschaftlichen Reaktionen in Ländern, in denen Interventionen stattfinden. Es gibt dazu einen großen Forschungsstrang. Aber für afrikanische Interventionen wurde diese Frage nicht gestellt. Der Grund dafür ist eine zumeist implizite, aber sehr weit verbreitete Annahme, dass afrikanische Intervenierende per se Legitimität besitzen, einfach weil sie afrikanisch sind, und sich bestimmte Le-

gitimitätsprobleme von Interventionen gar nicht erst stellen. Diese Vorstellung zeichnet ein problematisches Bild, das afrikanische Interventionen und afrikanische Akteure insgesamt depolitisiert. Deswegen wollten wir dieser Frage genauer nachgehen.

**Wie seid ihr dafür vorgegangen?**

**ANTONIA WITT:** Wir haben zwei Fälle untersucht, in denen AU und ECOWAS als Reaktion auf politische Krisen interveniert haben: in Burkina Faso 2014/15 und in Gambia 2016/17. In Burkina Faso wurden ausschließlich nicht-militärische Mittel eingesetzt, also Mediation, Verhandlungen und auch Androhungen von Sanktionen. In Gambia waren diese nicht-militärischen Mittel noch gestützt von einer militärischen Mission, die bis heute im Land stationiert ist. Damit konnten wir in diesen beiden Fällen auch das Spektrum der verschiedenen Instrumente abbilden, die afrikanische Intervenierende verwenden, um auf solche Situationen zu reagieren.

**SOPHIA BIRCHINGER:** In beiden Ländern haben wir einen ethnographischen Ansatz verfolgt, das bedeutet längere Forschungsphasen mit teilnehmender Beobachtung. Wir haben 21 Fokusgruppen und circa 150 Interviews durchgeführt. Dabei haben wir

## WEITERLESEN

Witt, Antonia/Bah, Omar M/Birchinger, Sophia/Jaw, Sait Matty/Schnabel, Simone: How African Regional Interventions are Perceived on the Ground: Contestation and Multiplexity, in: *International Peacekeeping*, 31(1), 2024, 58–86.

Birchinger, Sophia/Jaw, Sait Matty/Bah, Omar M/Witt, Antonia: "Siding with the People" or "Occupying Force"? Local Perceptions of African Union and ECOWAS Interventions in The Gambia, PRIF Report 3/2023, Frankfurt/M.

Schnabel, Simone/Witt, Antonia/Konkobo, Adjara: The "Clubs of Heads of State" from Below. Local Perceptions of the African Union, ECOWAS and their 2014/15 Interventions in Burkina Faso, PRIF Report 14/2022, Frankfurt/M.



nicht nur mit Eliteakteuren gesprochen, sondern vor allem mit ganz normalen Bürger\*innen, auch aus marginalisierten Stadtteilen und ländlichen Gebieten. Zudem haben wir einen kollaborativen Forschungsansatz verfolgt. Das heißt, wir haben in einem internationalen Team mit Wissenschaftler\*innen aus beiden Ländern den ganzen Forschungsprozess gemeinsam durchgeführt – von der Operationalisierung

„ Der kollaborative Forschungsansatz war besonders wichtig, um im Forschungsteam verschiedene Perspektiven zusammenzubringen, andere Fragen zu stellen und mehr Facetten der komplexen Interventionslogiken und ihrer lokalen Bedeutungszuschreibung überhaupt sehen zu können.

| *Sophia Birchingner*

der Forschungsfrage und der Herangehensweise an den konkreten Fall über die Durchführung von Fokusgruppen und Interviews, bis hin zur Datenanalyse. Daraus sind auch gemeinsame Publikationen entstanden. Dieser kollaborative Ansatz war besonders wichtig, um im Forschungsteam verschiedene Perspektiven zusammenzubringen, andere Fragen zu stellen und mehr Facetten der komplexen Interventionslogiken und ihrer lokalen Bedeutungszuschreibung überhaupt sehen zu können.

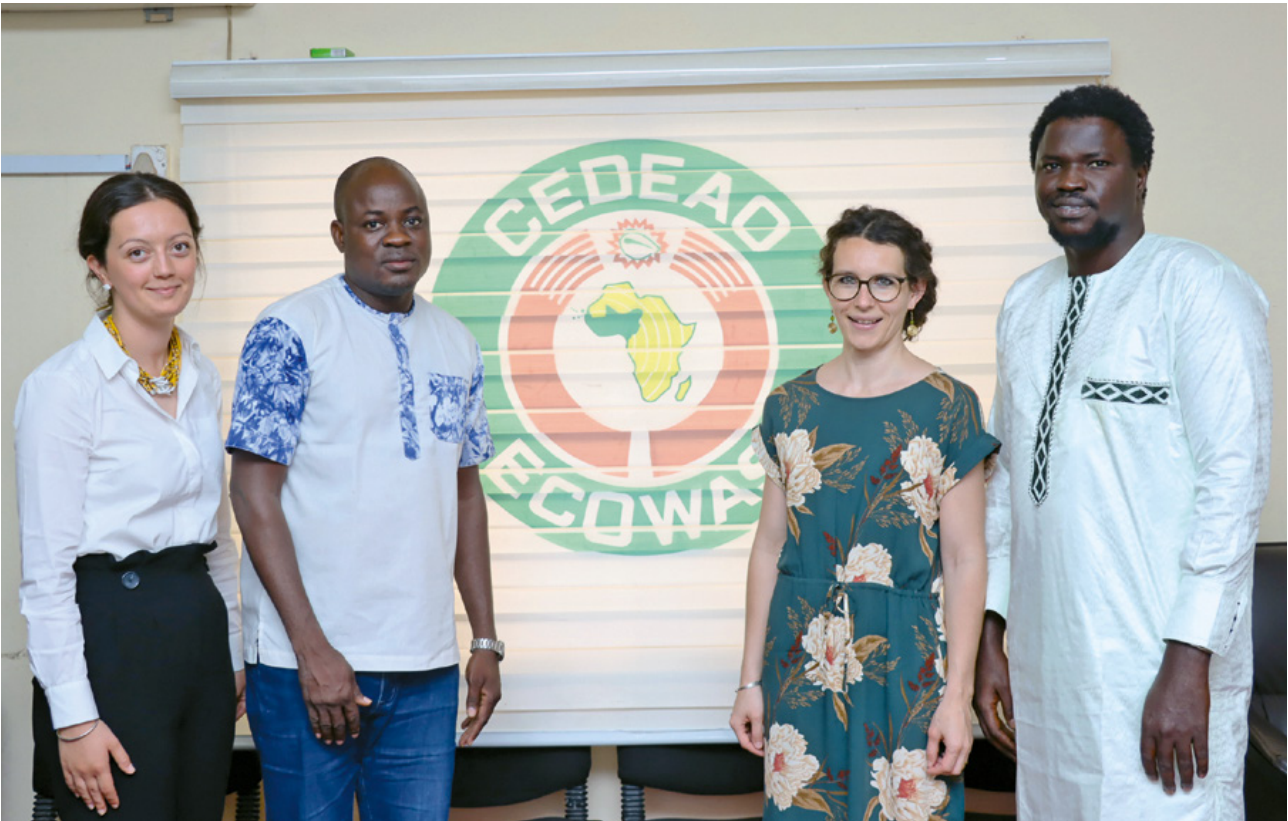
**Teil eures kollaborativen Ansatzes waren auch gemeinsame Veranstaltungen, um mit verschiedenen Akteuren in den erforschten Ländern über eure Ergebnisse zu sprechen. Welche Rolle spielt diese Form des Wissenstransfers für euch?**

**ANTONIA WITT:** Diese Forschung basiert ja sehr stark auf Interpretationen und Erfahrungen der Forschungsteilnehmenden. Wir wollten explizit nicht mit einem extraktivistischen Ansatz arbeiten, der Wissen quasi „absaugt“ und allein für wissenschaftliche Zwecke verarbeitet. Im Gegenteil war es uns wichtig, das, was wir an Interpretation aus dem mit uns Geteilten ziehen, auch wieder zurückzuspielen, weil es auch Teil des gesellschaftlichen Verarbeitungsprozesses ist, der in den Ländern stattfindet. Im Übrigen haben uns die Forschungsteilnehmenden selbst auch immer wieder gebeten zurückzukommen, damit sie von den Ergebnissen erfahren können, und sie haben sich explizit gewünscht, dass wir auch mit Akteuren der AU und ECOWAS darüber sprechen. Im Sommer letzten Jahres haben wir deshalb verschiedene Beratungs- und Austausch-events mit Verantwortlichen der ECOWAS und anderen politischen Akteuren in Abuja abgehalten: z. B. Vertreter\*innen internationaler Geber, Partnern der ECOWAS, zivilgesellschaftlichen Akteuren und *Young Leaders*. Wir sprechen hier also von zwei sehr unterschiedlichen Formaten von

„ Wir wollten explizit nicht mit einem extraktivistischen Ansatz arbeiten, der Wissen quasi „absaugt“ und allein für wissenschaftliche Zwecke verarbeitet.

| *Antonia Witt*

Wissenstransfer: einerseits Diskussion mit den Forschungsteilnehmenden und das Zurückspielen unserer Interpretation und andererseits das gezielte Kommunizieren von Handlungsempfehlungen an politische Entscheidungsträger\*innen. Neben den Akteuren vor Ort waren das z. B. auch Ministerien in Deutschland.



Team-Mitglieder (von links nach rechts) Sophia Birchinger, Amado Kaboré, Antonia Witt und Sait Matty Jaw nach ihrem Treffen in der ECOWAS-Kommission mit u. a. Cyriaque Agnekethom, ECOWAS-Direktor für Friedenssicherung und regionale Sicherheit, und Habibu Yaya Bappah, Assistent des Präsidenten der ECOWAS-Kommission.

**SOPHIA BIRCHINGER:** Gerade die Diskussion der Ergebnisse mit den Forschungsteilnehmenden war sehr gewinnbringend und ein wichtiger Teil des Forschungsprozesses, weil auch die Beobachtungen dieser Veranstaltungen in spätere Publikationen wieder einfließen konnten.

**Welche Erfahrungen habt ihr bei diesen Veranstaltungen gemacht, wenn ihr eure Forschungsergebnisse präsentiert habt? Und was waren die Unterschiede zwischen den Veranstaltungen mit Forschungsteilnehmenden und den Vertreter\*innen der Organisationen?**

**SOPHIA BIRCHINGER:** Zunächst wurde von allen Diskussionsteilnehmer\*innen, ob Bürger\*innen oder Entscheidungsträ-

ger\*innen, die Relevanz unserer Forschung bestätigt. Sei es, weil sie bestimmte Erfahrungen, Perspektiven und Konflikte um Interventionen sichtbar macht, oder weil sie Handlungsempfehlungen generiert, wie gerade diese Konflikte in Zukunft zumindest geringer gehalten werden können.

**ANTONIA WITT:** In den Diskussionen hat sich bestätigt, was wir auch in unserer Forschung schon gesehen haben, dass es sehr weitreichende Erwartungen daran gibt, was ECOWAS tun sollte. Auf der anderen Seite sehen wir, dass bei ECOWAS zunehmend die Notwendigkeit gesehen wird, sich den Menschen und gesellschaftlichen Stimmungen zu öffnen. Aber gleichzeitig gibt es eine viel stärkere Betonung auf die

Grenzen dessen, was die Organisation überhaupt leisten kann, aufgrund ihres Mandats und zwischenstaatlichen Charakters, also ein wesentlich pragmatischerer Blick. Das ist genau der Kern dessen, was wir untersuchen: Gesellschaftlich gibt es ganz große Erwartungen an grundsätzliche Transformationen und einfach ein besseres Leben. Die Regionalorganisationen versprechen zwar, das zu bringen, sind aber nur bedingt in der Lage, das auch einzulösen. Interessanterweise spielen wir auch unterschiedliche Rollen in den Veranstaltungen. Im Wissenstransfer mit Forschungsteilnehmenden sind wir eher diejenigen, die beobachten, während wir bei den Entscheidungsträger\*innen die Rolle der Sprecher\*innen übernehmen. Auch hier kommt unser kollaborativer Ansatz wieder ins Spiel: Durch unser plurales Forschungsteam fühlte es sich wesentlich legitimer an, diese Sprecher\*innen-Rolle wahrzunehmen, weil wir zusammen immer verschiedene Blickwinkel gleichzeitig einbringen können.

**Konntet ihr daraus auch neue Impulse für eure Forschung mitnehmen?**

**ANTONIA WITT:** Eigentlich ist es so eine Art Forschungszyklus. Sowohl aus den Gesprächen mit den politischen Entscheidungsträger\*innen als auch aus den Gesprächen mit den Forschungsteilnehmenden nehmen wir wieder neue Fragen für anschließende Forschungsprojekte mit.

**SOPHIA BIRCHINGER:** Beispielsweise geht mein Promotionsprojekt zu Wahrnehmungen von Zwang in Interventionen, an dem ich aktuell arbeite, auf Impulse zurück, die wir beim Austausch vor Ort bekommen haben.

**ANTONIA WITT:** Seit Beginn unserer Forschung ist einiges in der Region passiert: die Putsche in Westafrika, unter anderem auch in Burkina Faso, der gesellschaftliche Backlash, den vor allem die ECOWAS erlebt, und der Abzug der französisch geführten Operation Barkhane und der UN-Mission aus der Sahelzone. Damit ist die Bedeutung gesellschaftlicher Wahrnehmungen noch einmal viel präsenter geworden. Es wäre jetzt interessant zu schauen, wie sich bestimmte Narrative festgesetzt haben, auch die Frage, welche Rolle externe Akteure spielen. Auch das sind Fragestellungen, die wir aus den Diskussionen der Ergebnisse mitgenommen haben, weil die eben zu einer Zeit stattfanden, in der bereits eine neue Krise und eine neue ECOWAS-Intervention stattfand.

Ein weiterer Ansatzpunkt für künftige Forschung ist die Rolle der lokalen Repräsentationen von AU und ECOWAS. Diese zu stärken war eine der Handlungsempfehlungen, die wir aus dem Projekt entwickelt haben. Das untersucht jetzt Hilda Milka Koiyer in einem am PRIF angesiedelten Teilprojekt des ANCIP-Netzwerks. (ewa)

## INFOBOX

### ÜBER DAS PROJEKT

*Das Forschungsprojekt „Lokale Wahrnehmungen regionaler Interventionen: AU und ECOWAS in Burkina Faso und Gambia“ wurde von 2020–2024 unter Leitung von Antonia Witt durchgeführt. Zum Team gehörten Omar M. Bah, Sophia Birchinger, Sait Matty Jaw, Amado Kaboré, Pascaline Kaboré, Adjara Konkobo, Karamba Jallow, Simone Schnabel und Antonia Witt. Das Projekt wurde von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) gefördert.*

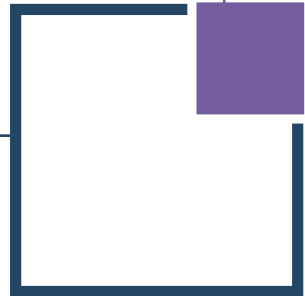


# WIR SIND PRIF

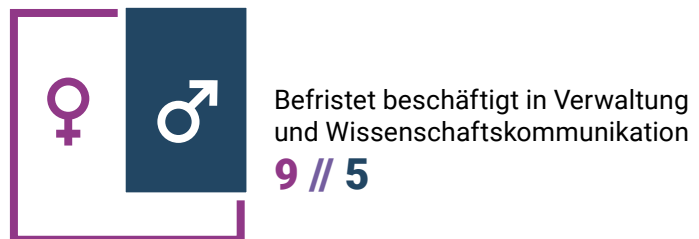
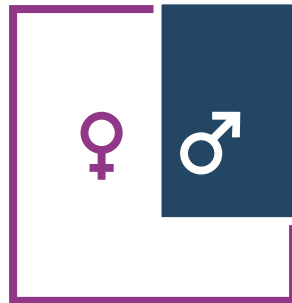
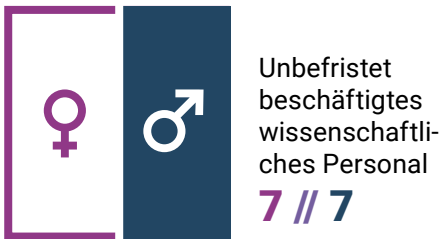
DAVON NEU **19**

MITARBEITER\*INNEN  
2024

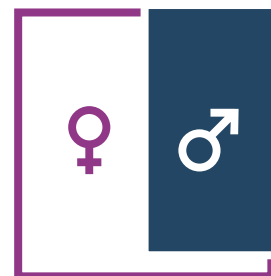
**107**



## GLEICHSTELLUNG AM PRIF

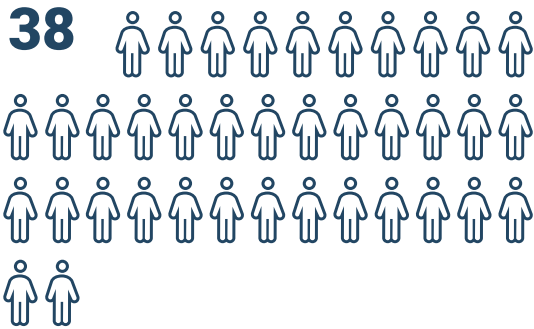


Promovierende  
**13 // 10**

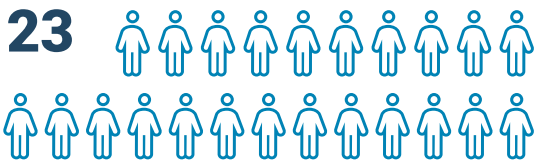


## ZUSAMMENSETZUNG NACH STATUSGRUPPEN/ABTEILUNGEN

Programmbereichs-, Projektleiter\*innen, Postdocs



Doktorand\*innen



Gastforscher\*innen



Wissenschaftskommunikation



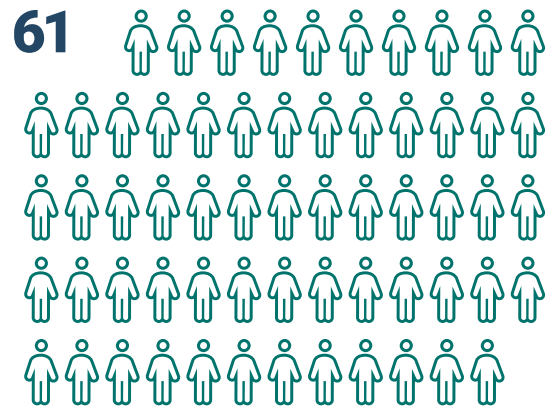
Verwaltung und Empfang



Nicht-promovierte Wissenschaftler\*innen



Assoziierte Forscher\*innen



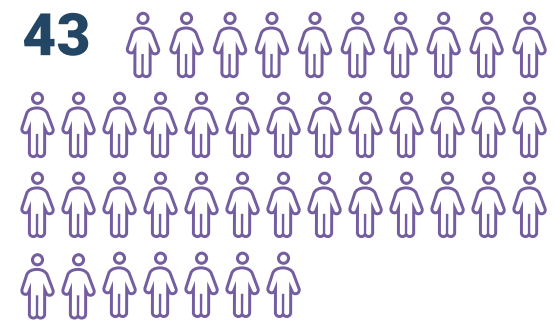
Sekretariate und Stabsstellen des Vorstands



IT



Studentische/wissenschaftliche Hilfskräfte



**FRIEDENSGUTACHTEN 2024**

# GEWALT BEENDEN und Frieden sichern



## **2024 / Welt** ohne Kompass / **friedensgutachten**

Das Konfliktgeschehen hat sich 2024 weltweit weiter verschärft: Der Krieg zwischen Israel und der Hamas im Gazastreifen droht zu einem regionalen Flächenbrand zu eskalieren, der russische Angriffskrieg auf die Ukraine dauert unvermindert an und bewaffnete Konflikte und Militärputsche destabilisieren Teile Westafrikas. Auch die Gefahr nuklearer Eskalation steigt weiter, während internationale Regeln und Institutionen der Friedenssicherung an Bindungskraft verlieren. Das Friedensgutachten 2024 nimmt zu diesen Entwicklungen Stellung und zeigt Lösungsansätze auf.



Herausgeber\*innen (von links nach rechts) Conrad Schetter (BICC), Christopher Daase (PRIF), Ursula Schröder (IFSH) und Tobias Debiel (INEF) präsentieren das Friedensgutachten bei der Bundespressekonferenz am 10. Juni 2024.

Vor dem Hintergrund der volatilen Weltlage empfehlen die Herausgeber\*innen: Trotz sicherheitspolitischer Herausforderungen und notwendiger Verteidigungsmaßnahmen dürfen Friedensförderung, Entwicklungszusammenarbeit und zivile Konfliktbearbeitung nicht aus dem Blick geraten. Die eskalierende Gewalt muss kurzfristig eingedämmt und gleichzeitig der Weg für langfristige Friedensprozesse geebnet werden – im Nahen Osten, in der Ukraine und in Afrika. Die Bundesregierung sollte durch diplomatische Initiativen unabhängige völkerrechtliche Institutionen stärken

und aktiv auf die Konfliktbeilegung hinwirken. Im Fokuskapitel widmet sich das Friedensgutachten ausführlich dem Krieg in Gaza und beleuchtet Möglichkeiten zur kurzfristigen Stabilisierung sowie langfristigen Friedensperspektiven.

#### **KRIEG ZWISCHEN ISRAEL UND HAMAS IN GAZA**

Seit dem terroristischen Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 herrscht Krieg im Gazastreifen. Die andauernden Kampfhandlungen haben verheerende humanitäre Folgen: Der Zu-



gang zu Hilfsgütern ist stark eingeschränkt und ein Großteil der Infrastruktur ist zerstört.

Zugleich nahmen mit der Eskalation in Gaza auch andere Konflikte in der Region an Intensität zu, wie die Spannungen zwischen Israel und der libanesischen Hisbollah. Parallel kam es in Syrien, im Irak, Jemen und der Meerenge Bab al-Mandab zu militärischen Auseinandersetzungen zwischen US-amerikanischen und vom Iran unterstützten nichtstaatlichen Gruppen. Auch die Gewalt von israelischen Siedler\*innen gegen Palästinenser\*innen im Westjordanland hat zugenommen.

Die regionalen Mächte verfolgen dabei teils widersprüchliche Interessen. Während der Iran – der Israel im April 2024 erstmals direkt angriff – und seine Partner in der „Achse des Widerstands“ den Konflikt zur Stärkung ihrer Regimelegitimation nutzen, streben Länder wie die Vereinigten Arabischen Emirate, Bahrain oder Saudi-Arabien eine Normalisierung ihrer Beziehungen zu Israel an. Die Autor\*innen warnen, dass der Krieg diese Annäherung auf eine harte Probe stellt und teils heftigen Widerspruch aus den lokalen Bevölkerungen hervorruft.

Vor dem Hintergrund der regionalen Dynamik, den massiven Kriegsfolgen, der innerpalästin-

## INFOBOX

### DAS FRIEDENSGUTACHTEN

*Das Friedensgutachten erscheint seit 1987 jährlich und wird vom PRIF gemeinsam mit dem Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC), dem Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) und dem Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) der Universität Duisburg-Essen herausgegeben.*

*Wissenschaftler\*innen dieser führenden deutschen Friedensforschungsinstitute untersuchen darin internationale Konflikte, zeigen Trends der internationalen Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik auf und geben klare Handlungsempfehlungen für die Politik. Die Autor\*innen arbeiten interdisziplinär an fünf wiederkehrenden Themenkapiteln: Bewaffnete Konflikte, Nachhaltiger Frieden, Rüstungsdynamiken, Institutionelle Friedenssicherung und Gesellschaftlicher Frieden. Das Friedensgutachten steht open access zur Verfügung.*



## WEITERHÖREN



PRIF Talk zum  
Friedensgutachten

sischen Spaltung und der Machtverhältnisse in Israel scheinen die Chancen auf Frieden derzeit gering. Hinzu kommt, dass einige Merkmale des Konflikts dessen Bearbeitung vor besondere Herausforderungen stellen. Die asymmetrischen Gewalttaktiken von nichtstaatlichen Gruppen wie der Hamas erschweren einen militärischen Sieg. Zugleich genießt die Hamas Rückhalt in Teilen der Bevölkerung, während, andersherum, Verhandlungen mit nichtstaatlichen Gewaltakteuren als Belohnung für ihre Militanz gedeutet werden können. Gleichzeitig verdeckt die aktuelle Gewalt die tieferliegenden politischen Ursachen des israelisch-palästinensischen Konflikts. Zusätzlich verschärfen die Einbettung in regionale Ordnungsprozesse und die militärischen Unterstützungsleistungen durch Verbündete an beide Kriegsparteien die Dynamik.

Die Autor\*innen betonen: Deutschland und die EU sollten sich zunächst auf eine kurzfristige Deeskalation und humanitäre Hilfe für Gaza konzentrieren,

» Doch die Welt ist ohne Kompass, es fehlen zukunftsweisende Ideen, wie man die multiplen Krisen bearbeiten könnte. | *Claudia Baumgart-Ochse*

zugleich aber zivilgesellschaftliche Akteure auf beiden Seiten stärken und die Normalisierungsprozesse zwischen Israel und arabischen Staaten an die Aussicht auf einen palästinensischen Staat knüpfen.

Koordiniert wurde das Kapitel von Claudia Baumgart-Ochse. Von Seiten des PRIF waren außerdem Damaris Braun, Elisabeth Hoffberger-Pippan, Hanna Pfeifer, Regine Schwab und Irene Weipert-Fenner beteiligt.

## Globales Konfliktgeschehen eskaliert

Weitere Kapitel des Friedensgutachtens widmen sich dem andauernden russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und zunehmenden bewaffneten Konflikten in Westafrika. Die Autor\*innen heben die Notwendigkeit hervor, militärische Unterstützung für die Ukraine mit diplomatischen Bemühungen um Friedensverhandlungen zu verbinden.

Mit besonderer Sorge blicken sie auf das Risiko einer nuklearen Eskalation und empfehlen die Stärkung des Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (auch Kernwaffenteststopp-Vertrag) sowie nachhaltiges Risikomanagement. Gleichzeitig mahnt das Gutachten, dass gestiegene Verteidigungsausgaben nicht auf Kosten anderer friedensrelevanter Politikfelder wie Klima- und Entwicklungspolitik steigen dürfen. So helfen beispielsweise die Aufrechterhaltung von Dialog und entwicklungspolitischer Zusammenarbeit, um wichtige zivilgesellschaftliche Partner\*innen nicht zu verlieren und gemeinsam an Friedensstrategien arbeiten zu können.

Im abschließenden Kapitel widmet sich das Friedensgutachten 2024 dem innergesellschaftlichen Frieden in Deutschland. Es analysiert den wachsenden Einfluss autoritärer und extremis-

tischer Gruppen sowie den Vertrauensverlust in demokratische und rechtsstaatliche Institutionen. Die Autor\*innen plädieren dafür, gesellschaftliche Unzufriedenheit ernst zu nehmen und demokratische Defizite gezielt anzugehen – zugleich aber eine klare Abgrenzung gegenüber extremistischen Gruppierungen und Parteien zu wahren. Sie warnen vor der Normalisierung radikaler Rhetorik und Narrative und fordern eine rechtliche Absicherung unabhängiger Institutionen sowie eine umfassende Förderung politischer Bildung.

## Interview mit

### CLAUDIA BAUMGART-OCHE

Dr. Claudia Baumgart-Ochse leitet den Programmbereich Transnationale Politik, ist Mitglied im PRIF-Vorstand und Redaktionsleiterin des jährlich erscheinenden Friedensgutachtens. Sie beschäftigt sich mit dem israelisch-palästinensischen Konflikt sowie der Rolle von Religion, religiösen Normen und religiöser Praxis für die Transnationalisierung von Konflikten.



***Das Fokuskapitel legt den Schwerpunkt auf den andauernden Gaza-Krieg und empfiehlt, mittel- und langfristige Friedensperspektiven offenzuhalten. Wie können diese Friedensperspektiven politisch aussehen? Welche Chancen und Hindernisse gibt es für eine Konfliktlösung?***

Zunächst muss es darum gehen, den Krieg und die unerträgliche humanitäre Notlage im Gaza-Streifen zu beenden. Wir fordern im Fokuskapitel eine Waffenruhe, um die israelischen Geiseln zu befreien, palästinensische Zivilist\*innen zu schützen und humanitäre Hilfe in den Gaza-Streifen zu bringen. Der nächste Schritt wäre dann, die Blockade des Gaza-Streifens zu beenden und eine Übergangsverwaltung zu organisieren, mit internationaler Hilfe. Und erst dann kann man über langfristige Friedensperspektiven sprechen, die Sicherheit für Israel und für die Palästinenser\*innen gewährleisten. Die sogenannte Zweistaaten-Lösung wird ja nach wie vor von der internationalen Gemeinschaft gefordert, aber sie ist sehr voraussetzungsvoll, weil sehr schwierige Themen wie die jüdischen Siedlungen in den besetzten Gebieten oder die Zukunft der palästinensischen Flüchtlinge verhandelt werden müssen. Um diese langfristige Perspektive dennoch offenzuhalten, ist es wichtig, dass Deutschland und die EU darauf dringen, dass Völkerrecht und Menschenrechte eingehalten werden – denn das ist ja aktuell nicht der Fall. Und Deutschland kann bei der Reform der Palästinensischen Autonomiebehörde helfen, sie kann Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und wirtschaftliche Verbesserungen fördern.

***Insgesamt zeichnet das Friedensgutachten ein ernüchterndes Bild der „Welt ohne Kompass“. Warum wurde dieses Bild gewählt? Wie können Deutschland und die EU diesen negativen Entwicklungen entgegenwirken?***

Wir beobachten, dass der Frieden in der Welt durch Krieg und Gewalt akut gefährdet ist, beispielsweise in Europa durch den russischen Angriffskrieg in der Ukraine oder im Nahen Osten durch den Krieg in Gaza und in Libanon und in Westafrika durch eine Serie von gewaltsamen Putschen. Dagegen sind Abrüstung und Rüstungskontrolle auf dem Rückzug, viele Staaten rüsten auf oder modernisieren ihre Bestände. Noch dazu sind langfristig auch die Grundlagen des Friedens bedroht – beispielsweise bleiben die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen weit hinter den Erwartungen zurück, etwa in den Bereichen Frieden und Armut; und der Kampf gegen den Klimawandel kommt nicht ausreichend voran. Doch die Welt ist ohne Kompass, es fehlen zukunftsweisende Ideen, wie man die multiplen Krisen bearbeiten könnte. Im Friedensgutachten empfehlen wir deshalb, sich neu auf ganz pragmatische Orientierungspunkte zu konzentrieren. Dazu zählen die grundlegenden Normen und Prinzipien aus dem Völkerrecht und die Regeln und Verfahren der multilateralen Zusammenarbeit. Außerdem sollten Deutschland und die EU versuchen, Rivalitäten durch Rüstungskontrolle und gemeinsames Risikomanagement einzudämmen. Und schließlich: In Konfliktsituationen, die scheinbar keine schnelle Aussicht auf Frieden versprechen, sollten dennoch Verhandlungen vorbereitet und Sicherheitsgarantien angeboten werden – beispielsweise für die Ukraine. (hfr)

# ORGANIGRAMM

## STIFTUNGSRAT

Timon Gremmels, Hessischer Minister für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur (Vorsitz)  
 Boris Rhein, Hessischer Ministerpräsident  
 Ulrich Scharlack, Bundesministerium für Bildung und Forschung  
 Dr. Christina Norwig, Bundesministerium für Bildung und Forschung  
 Mike Josef, Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt  
 Prof. Dr. Enrico Schleiff, Präsident der Goethe-Universität Frankfurt  
 Dr. Paula Macedo Weiß  
 Martin Kobler, Botschafter a.D.

### mit beratender Stimme nehmen an den Sitzungen teil:

Prof. Dr. Tanja Börzel, Vorsitzende des wissenschaftlichen Beirats des PRIF  
 Dr. Daniel Mullis, Vorsitzender des Forschungsrats

## STABSSTELLEN DER GESCHÄFTSFÜHRUNG UND DES VORSTANDS

**Wiss. Referentin der Geschäftsführung:** Helena Hirschler

**IT-Leitung (Stabsstelle d. Geschäftsführung):** Florian Bärmann (komm.)

**Wiss. Referentinnen des Vorstands:** Yvonne Blum, Laura Friedrich

## VERWALTUNG:

### PROGRAMMBEREICH I: INTERNATIONALE SICHERHEIT

**Leitung:** Prof. Dr. Christopher Daase

#### FG Biologische und chemische Abrüstung und Sicherheit:

Dr. Una Jakob (Leitung)

#### FG Emerging Disruptive Technologies:

Dr. Niklas Schörnig (Leitung)

#### FG Science for Nuclear Diplomacy:

Prof. Dr. Malte Götsche (Leitung)

### PROGRAMMBEREICH II: INTERNATIONALE INSTITUTIONEN

**Leitung:** Prof. Dr. Nicole Deitelhoff

#### FG Völkerrecht:

Prof. Dr. Thilo Maruhn (Leitung)

#### LOEWE-FG Weltordnungen im Konflikt:

Prof. Dr. Nicole Deitelhoff (Leitung)

### PROGRAMMBEREICH III: TRANSNATIONALE POLITIK

**Leitung (komm.):** Dr. Claudia Baumgart-Ochse

#### FG Radikalisierung:

Dr. Hande Abay Gaspar/  
 Prof. Dr. Julian Junk (Leitung)

**VORSTAND**

**Geschäftsführung:** Prof. Dr. Nicole Deitelhoff

**Stellv. Geschäftsführung:** Prof. Dr. Christopher Daase

**Admin. Geschäftsführung:** Susanne Boetsch

**Dauerhafte Mitglieder:** Dr. Claudia Baumgart-Ochse (komm.), Dr. Sabine Mannitz, Prof. Dr. Jonas Wolff

**Vom Forschungsrat gewählte Mitglieder:**

Dr. Irene Weipert-Fenner, Dr. habil. Simone Wisotzki

**WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT**

Prof. Dr. Tanja Börzel (Vorsitzende), Berlin

Prof. Dr. Bernhard Zangl

(stellvertretender Vorsitzender), München

Prof. Dr. Matthias Basedau, Hamburg

Prof. Dr. Annika Björkdahl, Lund

Prof. Dr. Benedikt Korf, Zürich

Prof. Dr. Charlotte Heath-Kelly, Warwick

Prof. Dr. Maria Rost Rublee, Melbourne

Prof. Dr. Arlene Tickner, Bogotá

Prof. Dr. Wolfgang Wagner, Amsterdam

Prof. Dr. Daniel Ziblatt, Berlin

**FORSCHUNGSRAT**

**Vorsitz:** Dr. Daniel Mullis

**Stellv. Vorsitz:**

Dr. Jonas J. Driedger, Dr. Elisabeth Hoffberger-Pippan

**Leitung:** Susanne Boetsch (Beauftragte für den Haushalt)

**PROGRAMMBEREICH IV:  
INNERSTAATLICHE  
KONFLIKTE**

**Leitung:** Prof. Dr. Jonas Wolff

**FG Regimewettbewerb:**

Dr. Irene Weipert-Fenner/  
Dr. Pascal Abb (Koordination)

**PROGRAMMBEREICH V:  
GLOKALE  
VERFLECHTUNGEN**

**Leitung:** Dr. Sabine Mannitz

**FG African Intervention**

**Politics:**

Dr. Antonia Witt (Leitung)

**ABTEILUNG  
WISSENSCHAFTS-  
KOMMUNIKATION**

**Leitung:**

Dr. Stefan Kroll

**Berliner Büro:**

Sarah Brockmeier-Large (Leitung)

**Bibliothek:**

Dr. Andreas Heinemann (Leitung)

GLOBAL HOUSE OF YOUNG VOICES

# Junge Weltbürger\*innen MIT IDEEN IM GEPÄCK

**Sie sind aus 13 Städten, 11 Ländern und von 3 Kontinenten zusammengekommen: Die Delegierten des Global House of Young Voices. Auf dem einwöchigen internationalen Summit vom 13.–17. Mai 2024 diskutierten sie in einem multiperspektivischen Setting politische Fragen, sprachen über gemeinsame Herausforderungen und knüpften Kontakte mit jungen Menschen aus aller Welt.**



Grinsend stehen Stephen und Ivan vor dem Massif Central in der Frankfurter Innenstadt. Aus der offenen Doppeltür schallt Musik, am Eingang steht eine Gruppe junger Menschen um einen Stehtisch herum ins Gespräch vertieft. Stephen und Ivan drehen gerade ein kurzes Video für Instagram: „Das hier könnte wirklich der Anfang von etwas Tollem sein,“ schwärmt Ivan, „wir haben schon Freundschaften geschlossen und uns gut vernetzt und so viel gelernt.“ Stephen nickt und fügt hinzu: „Die Tage haben mir richtig Energie gegeben und mich inspiriert, mich weiter für die Interessen junger Menschen in Toronto stark zu machen.“ Stephen ist Mitglied des Toronto Youth Cabinet und setzt sich für die Interessen und Partizipationsmöglichkeiten von Jugendlichen in Toronto ein. Gemeinsam mit 50 weiteren Jugendlichen ist er in der Woche vom 13.–17. Mai 2024 nach Frankfurt gekommen, um am Global House of Young Voices Summit teilzunehmen.

Neben der Frankfurter Delegation sind die Delegierten aus 12 verschiedenen Partnerstädten angereist – darunter Birmingham, Philadelphia und Yokohama. Bei strahlendem Sonnenschein begrüßen die Organisator\*innen Tina Cramer und Stefan Kroll die Teilnehmenden am 13. Mai 2024 in der Frankfurter Paulskirche und stimmen die Delegierten auf die anstehende Woche ein: In Workshops und gemeinsamen Plenarsitzungen werden sie miteinander Herausforderungen diskutieren, die jungen Menschen global begegnen.

Das Global House of Young Voices fand im Rahmen des „Netzwerk Paulskirche“ anlässlich des 175-jährigen Paulskirchenjubiläums statt. Hier ver-

## WEITERSCHAUEN



*Der Instagram-Kanal vom Global House*

sammelte sich ab Mai 1848 die Nationalversammlung und verabschiedete die erste demokratische Verfassung in Deutschland. Dieses Jubiläum war jedoch nicht nur Anlass, die Geschichte der Demokratie zu feiern, sondern auch, in die Zukunft zu blicken und die Frage zu stellen: Wie sieht die Demokratie von morgen aus? Und wie können junge Menschen ihre Zukunft selbstbestimmt mitgestalten?

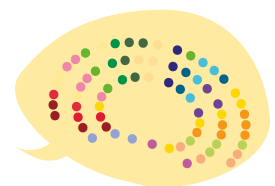
### GEMEINSAM DAS GLOBAL HOUSE BAUEN

Herzstück des Projektes war deshalb der partizipative Ansatz: Um Demokratie und Mitgestaltung als Angelegenheit von jungen Menschen erfahrbar zu machen, sollte dieser internationale Austausch zu politischen Themen von den Jugendlichen maßgeblich mitgestaltet und mitgeplant werden. Bereits im Vorfeld des Summit fanden digitale Treffen statt, bei denen die Delegierten eigene Themenvorschläge einbrachten und die inhaltlichen Schwerpunkte für die Konferenz gemeinsam entwickelten. „Der Planungsprozess verlief in ständiger Rücksprache mit den Delegierten: Nach jedem virtuellen Treffen haben wir das im Planungsteam geordnet und umgesetzt und das wiederum an die Delegierten zurückgespielt und uns Feedback eingeholt,“ erzählt Projektkoordinatorin Tina Cramer.

## INFOBOX

### GLOBAL HOUSE OF YOUNG VOICES SUMMIT

*Der einwöchige Summit „Global House of Young Voices“ wurde durch die Wissenschaftskommunikation am PRIF gemeinsam mit dem Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation (DIPF) organisiert und koordiniert. Finanziert wurde das Projekt durch die Stadt Frankfurt und die Stiftung Junge Weltbürger e. V. im Rahmen des „Netzwerk Paulskirche“.*



So entstand ein inhaltliches Programm für die gemeinsame Woche in Frankfurt, das die Interessen und Perspektiven der Delegierten in den Mittelpunkt stellte und sie durch die Expertise von Wissenschaftler\*innen ergänzte. Acht thematische Workshops – von psychischer Gesundheit im digitalen Zeitalter, den Auswirkungen des Klimawandels über Bildungsgerechtigkeit bis hin zur Zukunft der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit – wurden von Expert\*innen eingeführt und anschließend von den Teilnehmer\*innen in Kleingruppen bearbeitet. Die verschiedenen Themen waren sowohl in den lokalen Kontexten der Jugendlichen von Bedeutung, aber auch auf globaler Ebene. Im gemeinsamen Austausch wurde diese Wechselwirkung zwischen lokalen Realitäten und globalen Herausforderungen sichtbar.

Dabei stand jedoch nicht nur die reine Wissensvermittlung im Vordergrund. Im Anschluss an den wissenschaftlichen Input stand den Jugendlichen Zeit zur Verfügung, die Workshops selbstständig zu gestalten. Diese offene Struktur ermöglichte ihnen, in einem geschützten Raum selbstverantwortlich Schwerpunkte zu setzen, Themen zu diskutieren und die wichtigsten Aspekte festzuhalten. „Unser Ziel war es, den Jugendlichen einen Raum und Hintergrundwissen zur Verfügung zu stellen und zur selbstbestimmten Bearbeitung zu ermutigen:

Was ich aus meinem Bildungsworkshop teilen möchte, ist, dass Zugang zu Bildung von verschiedenen Faktoren abhängt. In den USA sind ökonomische Ressourcen super wichtig, in z. B. Deutschland geht es mehr um kulturelles Kapital. Meistens hat man in Debatten andere Perspektiven nicht auf dem Schirm ... Austausch ist bereichernd! | Alina, Leipzig

Macht was draus, jetzt dürft ihr diesen Raum bespielen und zu eurem machen“, fasst Tina Cramer das Konzept zusammen.

Die Welt wäre ein viel friedlicherer Ort, wenn wir uns alle einfach hinsetzen und miteinander reden würden. Ich glaube, das ist das Wichtigste, was ich mitnehme: dass Diplomatie funktioniert. | Ivan, Birmingham

Zentral für die Konferenz war nicht nur, was besprochen wurde, sondern auch, wie die Delegierten miteinander in den Austausch traten, schließlich lebt demokratische Praxis vom Diskurs und der Fähigkeit, gewisse Unterschiede auszuhalten und trotzdem miteinander umzugehen. Allerdings kamen die jungen Delegierten aus verschiedenen Städten, Ländern und politischen Systemen und brachten unterschiedliche kulturelle Hintergründe und Erfahrungen mit. Darüber hinaus war die Arbeitssprache in den Workshops und Diskussionen Englisch – für die meisten eine Fremdsprache. Sich unter diesen Bedingungen zuzuhören, zu verstehen und auszutauschen war also durchaus voraussetzungsvoll. Die Delegierten gingen sensibel miteinander um, begegneten einander mit Offenheit und waren bereit, ihre jeweiligen Perspektiven zu wechseln. Dabei scheuten sie sich auch nicht, kontroverse Themen zu diskutieren, wie etwa die unterschiedlichen

Voraussetzungen für Jugendpartizipation in den verschiedenen Ländern oder Einschränkungen demokratischer Räume, beispielsweise in Ungarn. Die Ergebnisse und Forderungen der Workshops präsentierten die Jugendlichen am letzten Konferenztag dem Frankfurter Oberbürgermeister Mike Josef in der Paulskirche.

Eingerahmt wurde das umfangreiche Programm durch Freizeitaktivitäten, um sowohl die Gastgeberstadt als auch einander besser kennenzulernen. Stadttour und Bootsrundfahrt über den Main boten den Jugendlichen die Gelegenheit, Frankfurt zu erkunden. In einem

## GLOBAL CITIZENSHIP

*Global Citizenship beschreibt die Idee, dass sich Zugehörigkeit und Rechte von Individuen nicht nur aus der nationalen Staatsbürgerschaft, sondern aus der Zugehörigkeit zur Weltgemeinschaft ergeben. Menschen sind über Staatsgrenzen hinweg miteinander verbunden und ihr Handeln auf lokaler und globaler Ebene ist wechselseitig verbunden. Das PRIF fördert Global Citizenship durch verschiedene politische Bildungsangebote. Ziel ist es, globale Perspektiven zu stärken, Wissen über die Welt zu erweitern und Menschen zu befähigen, sich an politischen Prozessen auf globaler Ebene zu beteiligen.*

Siebedruckworkshop brachten sie dann auch ihre eigenen Städte wieder ein: Auf Taschen und T-Shirts druckten die Delegierten in Anlehnung an die Paulskirche Freiheitsmonumente aus ihren jeweiligen Städten – die Liberty Bell in Philadelphia, die Sun Yat-Sen Memorial Hall in Guangzhou oder das L.O.V.E. Monument in Mailand. Und bei der Party im Massif Central in der Frankfurter Innenstadt sorgten die Jungs aus Krakau für Stimmung und zeigten der Gruppe traditionelle polnische Tänze. Auch die Begleitpersonen, bei denen es sich teilweise um pädagogisches Personal, aber auch um Vertreter\*innen der Partnerstädte handelte, nahmen am Rahmen- und Freizeitprogramm teil. Darüber hinaus besuchten sie am DIPF einen Workshop zu verschiedenen Perspektiven in der Bildungsarbeit und stärkten die Strukturen der Städtepartnerschaft durch informellen Austausch.

Abschließender Höhepunkt war eine öffentliche Podiumsdiskussion am 17. Mai 2024 in der Frank-

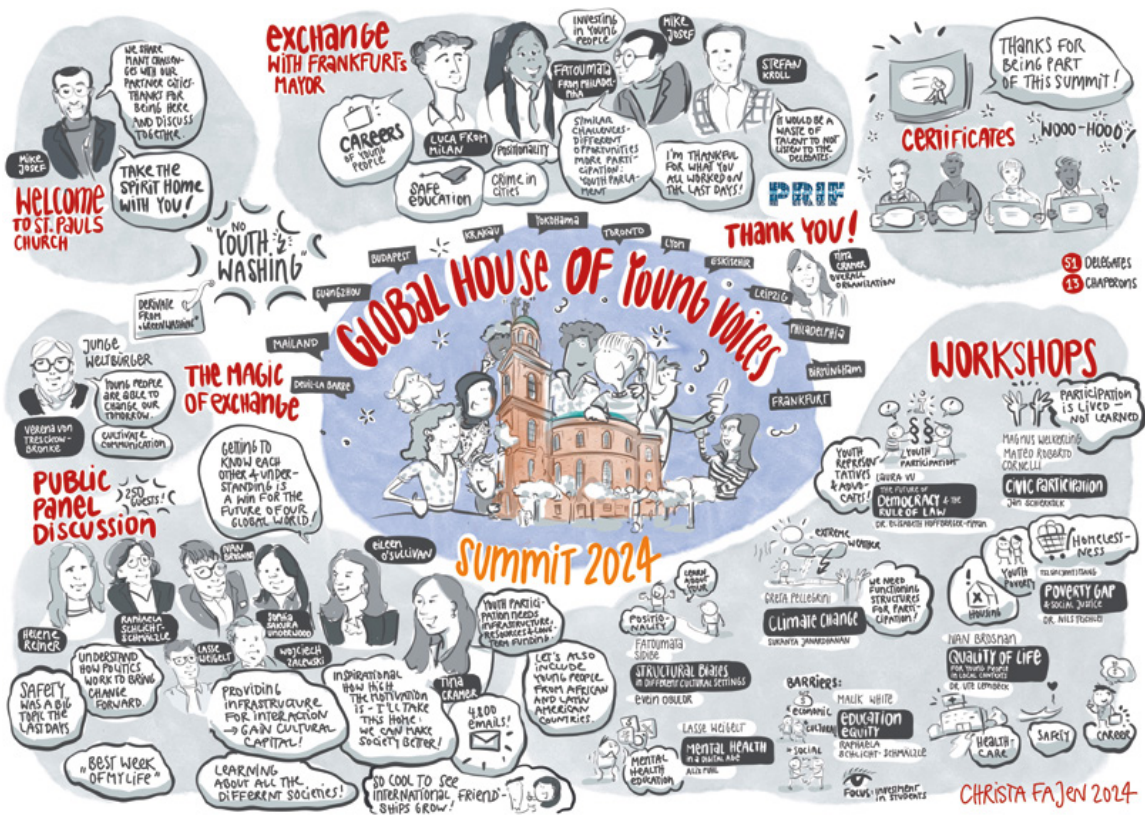
furter Paulskirche. Vor über 250 Gästen, darunter Schüler\*innen mehrerer Schulen aus Frankfurt, berichteten die Delegierten über ihren einwöchigen Austausch und diskutierten das Konzept *Global Citizenship*. Die Veranstaltung ermöglichte es den Delegierten, ihre Anliegen und Forderungen direkt zu äußern und einem breiten Publikum zu präsentieren.

### HINTER DEN KULISSEN: EIN GROSSPROJEKT PLANEN

Die Organisation des Projektes bestand jedoch nicht nur aus der inhaltlichen Konzeption – zunächst mussten die 51 Delegierten im Alter zwischen 14–23 Jahren mit ihren Begleitungen von drei verschiedenen Kontinenten nach Frankfurt gebracht werden. Zuerst musste die Projektkoordination jedoch die Partnerstädte und dortigen Jugendorganisationen von der Idee überzeugen: „Wir hatten den Vorteil, dass die Förderung der Städtepartnerschaft Teil der strategischen Ziele darstellt und wir an bestehende Kontakte in der städtischen Verwaltung anknüpfen konnten,“ berichtet Tina Cramer. Die Partnerstädte und dortigen Strukturen der Jugendarbeit wählten die Delegationen aus, die sich dann ab Januar 2024 in den gemeinsamen virtuellen Vortreffen zur inhaltlichen Konzeption trafen.

Aber auch die digitalen Treffen waren nicht ohne Herausforderungen. Aufgrund der Zeitverschiebungen zwischen Asien, Europa und Nordamerika, den jeweiligen Schulzeiten und diversen anderen

Wir haben darüber gesprochen, wie wichtig [...] zugängliche und sachliche Informationen und Politiker sind, die mit jungen Menschen zusammenarbeiten.  
| Laura, Toronto



Verpflichtungen der Jugendlichen konnten nicht immer alle Delegierten an den Treffen teilnehmen. Die Lösung: Die Jugendlichen wurden anhand der Zeitzonen in Gruppen aufgeteilt und das gleiche Treffen fand gleich dreimal statt. Die Ergebnisse jedes Treffens hielt das Koordinationsteam schriftlich in einem gemeinsamen Dokument fest und präsentierte es der nächsten Gruppe. „Einmal haben wir uns sogar wegen der Zeitumstellung auf Sommerzeit, die in Europa und Nordamerika nicht gleichzeitig stattfindet, um eine Stunde verpasst,“ erinnert sich Tina Cramer. „Aber auch für uns waren die Vortreffen spannend: hier haben wir die Jugendlichen ja in ihren Heimatkontexten erlebt und konnten einen Eindruck in ihre Hintergründe gewinnen.“

In der inhaltlichen Gestaltung des Programms waren insbesondere die unterschiedlichen Erwartungen der Delegierten ein Balanceakt: Einerseits musste das Koordinationsteam ständig zwischen dem Ziel der Eigenverantwortung und Mitgestaltung der Jugendlichen sowie dem Wunsch nach mehr Anleitung und inhaltlicher Vorgabe moderieren. Andererseits mussten sie auch die Erwartungen der Jugendlichen managen: Zwar sollten die jungen Delegierten durch den Gipfel üben, Forderungen zu entwickeln und zu formulieren, diese würden aber nicht politisch bindend sein oder unmittelbar in ihren jeweiligen Heimatstädten eine Veränderung bewirken können.

**WAS BLEIBT? GROSSE TRÄUME UND MUT IM GEPÄCK**

Umso wichtiger wurde die Einigung der Jugendlichen während der Konferenz, aus ihren Forderungen ein gemeinsames Strategiepapier zu entwerfen. In diesem Dokument hielten die Delegierten die Herausforderungen und Maßnahmen fest, die

**WEITERLESEN**

Interview mit den Projektkoordinator\*innen Tina Cramer und Stefan Kroll



sie während der Konferenz gemeinsam erarbeiteten. Nach der Rückkehr in die jeweiligen Partnerstädte sollte das Abschlussdokument als Rahmen für künftige politische Diskussionen und Mitgestaltung dienen. In einer Welt, die von multiplen Krisen, globalen Konflikten sowie erstarkenden autoritären Tendenzen geprägt ist, zeigt das Global House of Young Voices, wie wichtig und wirkungsvoll der Dialog zwischen jungen Menschen aus verschiedenen Kulturen und Kontexten sein kann. Einander zuhören und die Bereitschaft, Perspektiven zu wechseln, sind wichtige Grundpfeiler für offene Gesellschaften, aber auch für globale Verständigung. Auch Stephen und Ivan fahren nach der Erfahrung in Frankfurt gestärkt wieder zurück nach Toronto und Birmingham. Der Austausch mit jungen Menschen aus der ganzen Welt, die ehrliche Diskussion von Problemen, die sie im

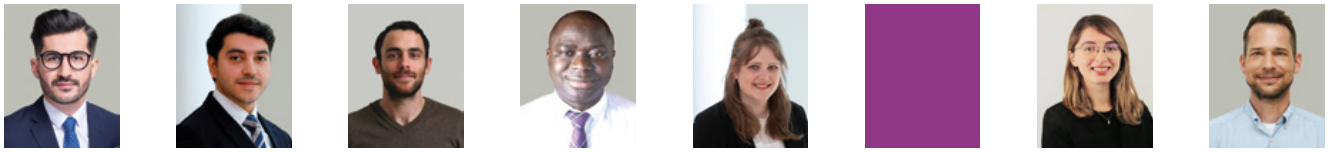
Ich war überrascht, dass es in vielen Ländern Jugendräte gibt. In Yokohama gibt es so etwas nicht. Ich möchte die Information verbreiten, dass wir als Jugendliche wirklich etwas verändern können. Wir können die sein, die die Welt verändern. Das klingt vielleicht extrem, aber wir tragen die Verantwortung, die Gesellschaft zu verbessern. | Sophia, Yokohama

Alltag betreffen, und das Erlebnis, gemeinsam mit Gleichgesinnten zu sprechen und ernsthaft gehört zu werden, motiviert sie, sich weiter zu engagieren: „Manchmal wirkt die Welt wie ein sehr gespaltenen Ort, aber das Global House of Young Voices hat wirklich gezeigt, dass uns viel mehr verbindet als trennt,“ findet auch Ivan. (hfr)





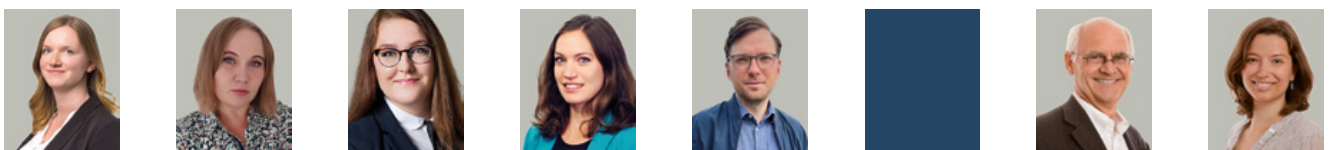
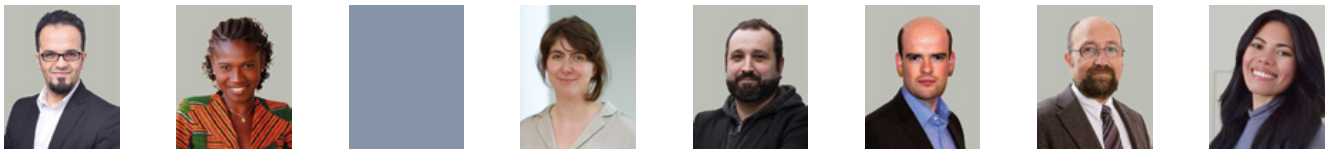




UNSERE



# Assoziierten



# BIBLIOTHEK in Zahlen



## BESTAND:

**65.408** Bücher darunter  
**4.311** E-Books (ohne Nationallizenzen)

ca. **8.850** gebundene Zeitschriftenbände

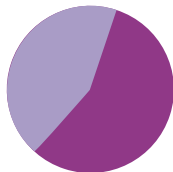
über **70.000** Dokumente grauer Literatur

Zugang zu **40.000** weiteren E-Books  
und zu über **1.300** elektronischen  
Zeitschriften

## NEUERWERBUNGEN:

**531**

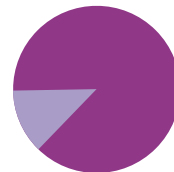
Titel in print



**638** E-Books

## OPEN ACCESS:

**4** Bücher



**27** begutachtete  
Zeitschriftenaufsätze  
(63%)

# PRIF BUDGET



HMWK:

**5.415.400 €**

Stadt Frankfurt:

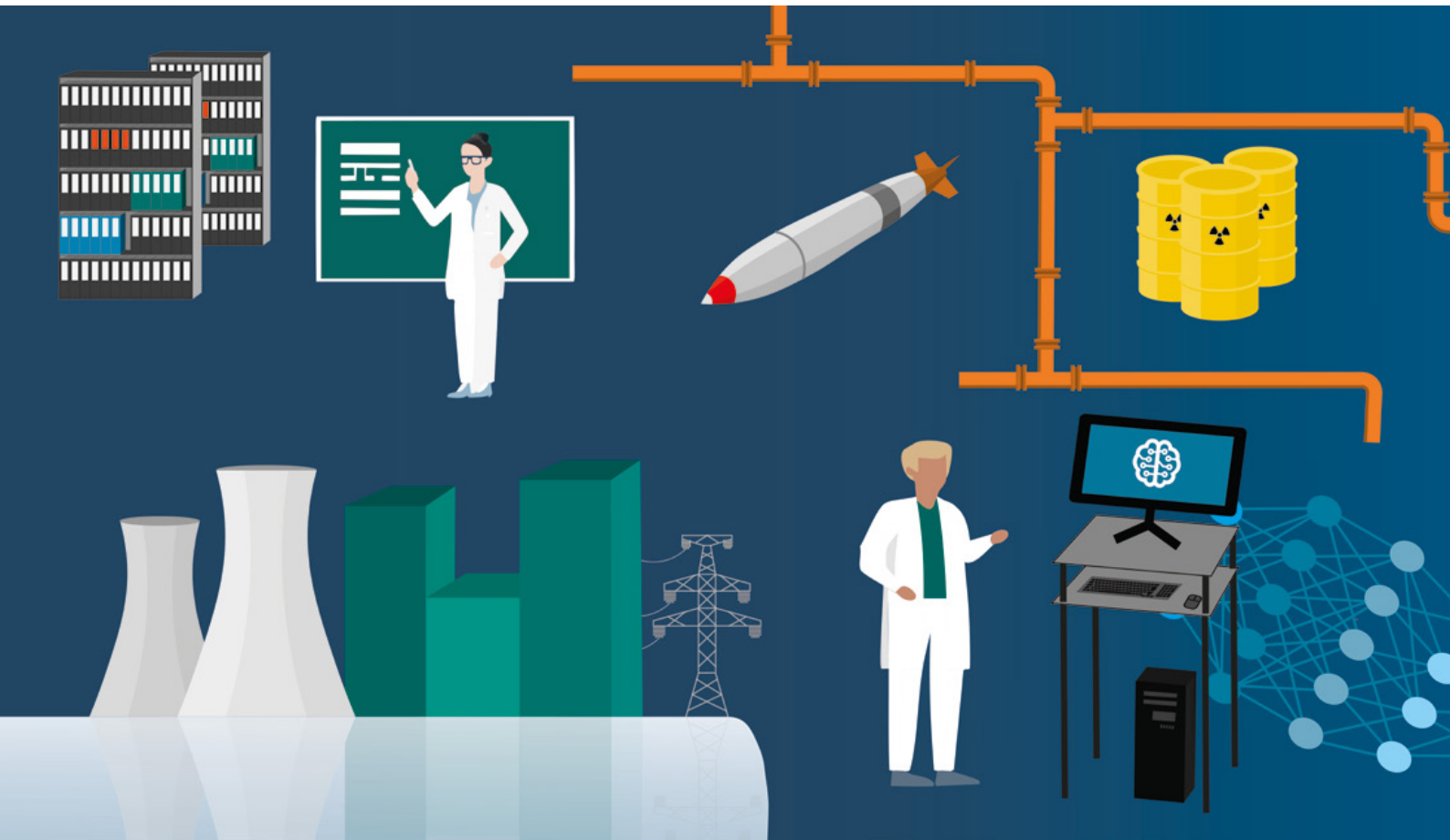
**34.000 €**

Drittmittel: ca.

**5.104.171 €**

## NATURWISSENSCHAFTLICHE FRIEDENSFORSCHUNG

# Heute forschen für die RÜSTUNGSKONTROLLE der Zukunft



Was kann die Physik zur Überwindung von nuklearen Bedrohungen beitragen? Die 2024 neu ins Leben gerufene Forschungsgruppe *Science for Nuclear Diplomacy* forscht zu den technischen Grundlagen für eine nukleare Rüstungskontrolle der Zukunft. Denn damit irgendwann neue Rüstungskontrollabkommen geschlossen werden können, braucht es nicht nur den politischen Willen, sondern auch überzeugende Konzepte zur Verifikation. Die Gruppe wird geleitet von Malte Götttsche, Professor für naturwissenschaftliche Friedensforschung an der TU Darmstadt, und ist am PRIF sowie in Darmstadt angesiedelt.

Die Rüstungskontrolle, so wird immer wieder betont, steckt in einer tiefen Krise. Schon seit Jahren befindet sich die bilaterale Rüstungskontrollarchitektur zwischen den USA und Russland (früher der Sowjetunion) im Niedergang. Die russische Vollinvasion der Ukraine hat diese Krise zusätzlich verschärft und die nuklearen Drohgebärden Russlands in diesem Zuge haben die Angst vor einem Atomwaffeneinsatz für viele Menschen wieder ins Bewusstsein gebracht. Neue Rüstungskontrollabkommen scheinen in der

Verträgen zu überprüfen, ist ein elementarer Bestandteil der Rüstungskontrolle. Sie schreckt nicht nur vor Vertragsbrüchen ab, sondern stärkt auch das Vertrauen der Vertragsteilnehmer ineinander. Ohne konkrete, erprobte und transparente Verifikationsverfahren ist nicht gewährleistet, dass Verträge wirklich wirksam sind – und der Anreiz, die Verträge überhaupt zu unterzeichnen, dürfte deutlich geringer sein. Damit es also überhaupt eine Chance gibt, die Krise der Rüstungskontrolle zu überwinden, muss bereits jetzt an der Verifikation für die Rüstungskontrollabkommen der Zukunft geforscht werden.

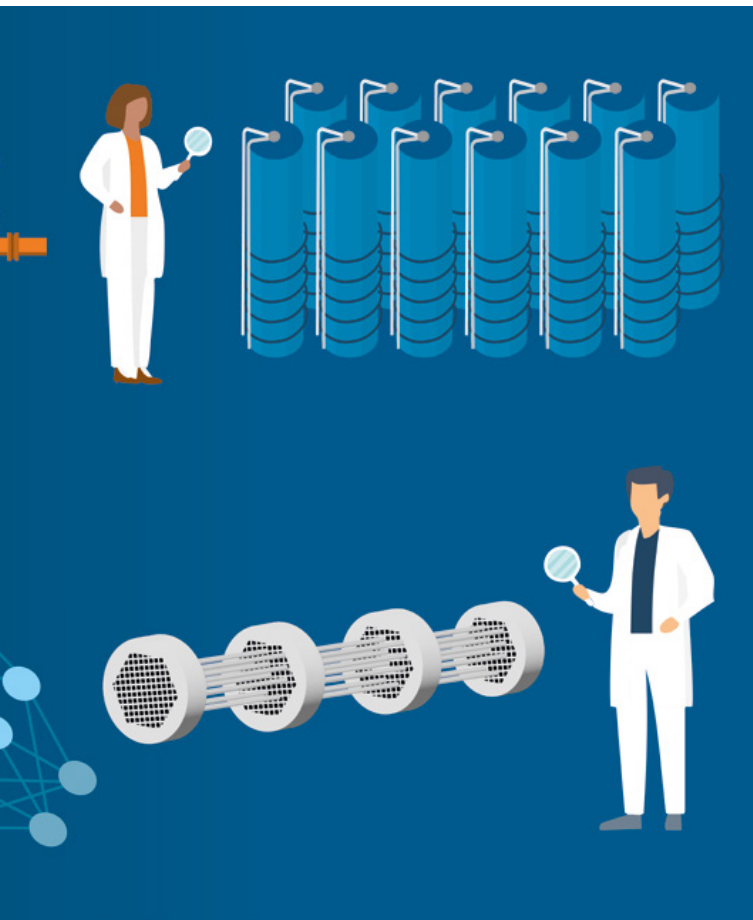
Diese Mission hat sich die 2024 neu ins Leben gerufene Forschungsgruppe *Science for Nuclear Diplomacy* auf die Fahnen geschrieben. Die Gruppe unter der Leitung von Prof. Malte Götsche ist am PRIF und an der TU Darmstadt angesiedelt und ist Teil des Clusters Natur- und Technikwissenschaftliche Rüstungskontrollforschung (CNTR).

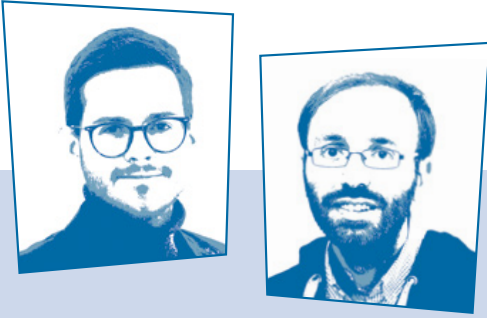
Ein zentraler Forschungsbereich der Gruppe ist die sogenannte *Nukleare Ärchäologie*. Dahinter steckt die Idee, Verifikationsverfahren zu entwickeln, die nicht die Atombomben selbst in den Blick nehmen, sondern die zu ihrer Produktion benötigten Kernmaterialien. Atomare Sprengköpfe sind nicht sonderlich groß und lassen sich überall verstecken. Ein Land so zu durchsuchen, dass man sicher sein kann, dass dort keine atomaren Sprengköpfe vorhanden sind, ist quasi unmöglich. Aber die Herstellung der Kernmaterialien, die man für die Produktion von Atomwaffen braucht, lässt sich beobachten. Bisher sind Spaltmaterialien in Abrüstungsverträgen nie effektiv reguliert worden, auch wenn es bereits Diskussionen darüber gab, beispielsweise um den vorgeschlagenen Fissile Material Cut-off Treaty (FMCT).

aktuellen geopolitischen Situation alles andere als wahrscheinlich und Abrüstung noch viel weniger.

Trotz dieser düsteren Lage ist es wichtig, gerade jetzt über Verifikation zu sprechen und an neuen Verifikationsmöglichkeiten zu forschen. Verifikation, also Maßnahmen, um die Einhaltung von

Damit man Kernwaffen überhaupt herstellen kann, benötigt man Plutonium oder hochangereichertes Uran – Stoffe, die so in der Natur nicht vorkommen. Um waffenfähiges Uran zu erhalten, muss das natürliche Uran – in der Regel in einer Zentrifuge – „angereichert“, d. h. das gewünschte Isotop von anderen Isotopen getrennt werden. Plutonium





Fabian Unruh ist Doctoral Researcher am PRIF. Lukas Rademacher ist assoziiertes Forscher. Beide sind Mitglieder der Forschungsgruppe Science for Nuclear Diplomacy.

wiederum entsteht als (Neben-)Produkt in Kernkraftwerken. Um waffenfähiges Material zu erhalten, müsste es anschließend noch von anderen Nebenprodukten getrennt werden.

Diese Produktionsprozesse hinterlassen in den Kernreaktoren und Zentrifugen Spuren – Spuren, die von der nuklearen Archäologie freigelegt werden. Wie in der klassischen Archäologie Spuren, die bei Ausgrabungen gefunden werden, genutzt werden, um Rückschlüsse über vergangenes menschliches Leben zu treffen, so nutzt die nukleare Archäologie Spuren, um zu rekonstruieren, was an Kernmaterialien produziert oder verbraucht wurde. Auf dieser Grundlage lassen sich Aussagen darüber treffen, ob die Angaben, die ein Staat gemacht hat, richtig oder falsch sind.

Der Betrieb von Anreicherungsanlagen alleine reicht noch nicht aus, um einen Verdacht zu begründen. Angereichertes Uran wird auch für eine Reihe von zivilen Einsatzmöglichkeiten von Kernreaktoren benötigt, so nicht nur zur Erzeugung von Strom, sondern auch beispielsweise in der Forschung oder in der Medizin. Anreicherungsanlagen und Kernkraftwerke haben also einen sogenannten Dual-Use-Charakter: Sie lassen sich für friedliche, zivile Zwecke nutzen, können aber auch für militärische Zwecke, in diesem Fall zur Herstellung von Atomwaffen, verwendet werden. Insofern besteht das Problem, dass sich diese Anlagen nicht einfach verbieten lassen, wenn doch ihre friedliche Nutzung erlaubt ist.

Verschiedene Projekte in der Forschungsgruppe *Science for Nuclear Diplomacy* beschäftigen sich daher damit, wie Verfahren geschaffen werden können, die eine friedliche Nutzung von der Nutzung zur Herstellung von Atomwaffen unterscheiden können.

Fabian Unruh forscht zur Zusammensetzung abgebrannter Brennstäbe. In kommerziellen Kernreaktoren werden Brennstäbe aus natürlichem oder leicht angereichertem Uran verwendet. Wenn die gewünschte Energie gewonnen wurde, bleiben abgebrannte Brennstäbe übrig. Die bestehen dann immer noch zu circa 90 Prozent aus Uran, aber auch zu je ein paar Prozenten aus Plutonium und Spaltprodukten. Bei diesen Spaltprodukten kann es sich um viele verschiedene Elemente in allen möglichen Konfigurationen handeln. Die Zusammensetzung ist sehr divers und unterscheidet sich aufgrund einiger Faktoren, beispielsweise des Reaktortyps, der Zeit, wie lange der Brennstoff im Reaktor war, und wie viel Zeit vergangen ist, seit er herausgeholt wurde, da radioaktive Zerfälle stattfinden. Sie bildet damit eine Art „Signatur“ des Reaktors und des Reaktorbetriebs. Je nachdem, auf welche Art und Weise der Reaktor betrieben wird, ändert sich auch die Menge an Plutonium, die produziert wird. Mit der Messung der Spaltprodukte, kann man Rückschlüsse darauf ziehen, wie viel Plutonium produziert wurde. Dieser Wert lässt sich dann mit den Angaben des Reaktorbetriebs vergleichen – und somit verifizieren, ob die gemachten Angaben tatsächlich stimmen oder ob mehr Plutonium produziert wurde als die deklarierte Menge.

Solche Messungen würde man im tatsächlichen Fall durchführen, indem man die Elemente in den abgebrannten Brennstäben isoliert und mithilfe von Massenspektrometrie nach Masse „sortiert“ – so lässt sich die Zusammensetzung nach unterschiedlichen Isotopen bestimmen. Eine weitere wichtige Methode für die Forschungsgruppe ist aber auch, den Betrieb von Reaktoren am Computer zu simulieren. Dabei handelt es sich um statistische Simulationen: Sie zeigen, was wahrscheinliche Ergebnisse bestimmter Parameter

im Reaktorbetrieb sind. Da sie aber keine deterministischen Berechnungen sind, lassen sie sich nicht ohne weiteres umkehren. Der Rückschluss von einer Zusammensetzung von Isotopen auf den Betrieb des Reaktors ist also ein komplexeres Problem, für das es unterschiedliche Ansätze gibt, die ebenfalls von der Gruppe erforscht werden. Neben Messungen und Computersimulationen, ist ein weiterer Bestandteil der nuklearen Archäologie die Arbeit mit Archiven, in denen Aufzeichnungen zu Reaktorbetrieben eingesehen werden können.

Während sich Fabian Unruh mit den abgebrannten Brennstäben beschäftigt, widmet sich das Projekt von Lukas Rademacher den festen Bauteilen des Reaktors. Das können z. B. Rohre oder Graphit-Moderatoren sein. Ein Moderator ist ein Bestandteil des Reaktors, der unterstützt, dass die Neutronen, die bei der Kernspaltung frei werden, die nächste Spaltung auslösen. Neben Graphit wird häufig auch Wasser als Moderator eingesetzt. Allerdings hinterlässt der Reaktorbetrieb im Wasser weniger Spuren als in Graphit, weshalb es sich schlechter als Beobachtungsobjekt eignet. Diese festen Bauteile reagieren auf Dauer mit den bei der Kernspaltung freiwerdenden Neutronen, die absorbiert werden oder Reaktionen auslösen. Welche Reaktionen stattfinden und in welchem Maße, das hängt davon ab, was genau in dem Reaktor passiert. Auch hier lässt sich also, ähnlich wie beim Brenn-

stoff, eine „Signatur“ der Produktionsprozesse ablesen.

Auch Anreicherungsanlagen könnten in ähnlicher Weise analysiert werden. Da sie jedoch weniger ausgeprägte Signaturen haben, ist das deutlich schwieriger. Weitere Ansatzpunkte für die nukleare Archäologie können auch Brennstoffkreisläufe sein, das bedeutet, es wird nicht nur eine einzelne Anlage betrachtet, sondern das gesamte Atomprogramm eines Staates mit Reaktoren, Quellen von Natururan, also Minen, und zwischengeschalteten Anlagen, die aus den Produkten der Mine Uran herstellen. So lässt sich z. B. untersuchen, wie viel Plutonium oder hochangereichertes Uran ein Staat mit den Ressourcen, die ihm zur Verfügung stehen, in einem bestimmten Zeitraum produzieren könnte.

Die Mitglieder der Forschungsgruppe arbeiten alle zu einzelnen Aspekten möglicher neuer Verifikationsmethoden. Die Idee ist aber, dass sich aus diesen vielen einzelnen Punkten irgendwann ein gemeinsames Bild ergibt. In der Praxis könnte man diese Methoden dann kombinieren, um ein aussagekräftiges und robustes Verifikationsprogramm zu entwickeln, das Vertrauen in die Vertragspartner und die Einhaltung der Verträge schaffen und damit die technischen Voraussetzungen für eine Rüstungskontrolle der Zukunft liefern kann. (ewa)

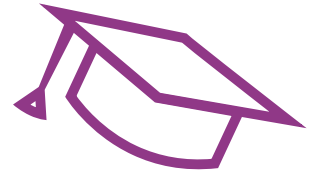
## INFOBOX

### ÜBER DIE FORSCHUNGSGRUPPE SCIENCE FOR NUCLEAR DIPLOMACY

*Über den Bereich Nukleare Archäologie hinaus setzt die Forschungsgruppe Science for Nuclear Diplomacy modernste Computersimulationen ein, um einen Beitrag zu den Bereichen Nichtverbreitung und Abrüstung von Kernwaffen zu leisten. Ein Schwerpunkt liegt auf der Schätzung der vergangenen und aktuellen Produktion von waffenfähigem Material in Kernwaffenstaaten, um dieses Wissen öffentlich zugänglich zu machen. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Entwicklung von Instrumenten und Methoden, die für die Verifikation verwendet werden können, also für die Bewertung der Einhaltung internationaler Nuklearabkommen durch Inspektionen und Überwachung. Konkret entwickelt die Gruppe neuartige Verifizierungsansätze für die Nichtverbreitung auf der Grundlage von Strahlungsmessungen, wobei sie modernste Techniken aus der Physikforschung einsetzt. Darüber hinaus untersucht sie, wie der Prozess des Abbaus von Kernwaffen verifiziert werden kann. Bei all ihren Arbeiten geht die Gruppe disziplinübergreifend vor und bezieht auch die Sozialwissenschaften mit ein.*

## DISSERTATIONEN

2024



**Akademische Ausbildung und Karriereförderung sind zentrale Anliegen von PRIF. Als außer-universitäres Forschungsinstitut der Leibniz-Gemeinschaft steht das Doktorandenprogramm ganz im Zeichen des Leibniz-Mottos „theoria cum praxi“: eine ganzheitliche Ausbildung, die Kompetenzen in wissenschaftlichen und praxisbezogenen Bereichen fördert und vielseitige Karriereperspektiven eröffnet.**

Die drei Promotionsprojekte von Jana Baldus, Anna-Katharina Ferl und Sascha Hach widmen sich verschiedenen gegenwärtigen Herausforderungen und Chancen der Rüstungskontrolle wie normativen Konflikten im Atomwaffensperrvertrag (NVV), der Regulierung autonomer Waffensysteme (AWS) oder der Entstehung des Atomaren Verbotvertrags (AVV). Mehr zu den Dissertationen, die im Rahmen des Projekts „Perspektiven der Rüstungskontrolle“ in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt entstanden sind, lesen Sie im Artikel ab S. 63.

**DR. JANA BALDUS**

**Who is (the) Radical? Radicalisation, Polarisation, and the Emergence of the Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons**

**DR. ANNA-KATHARINA FERL**

**Knowledge Production in Arms Control: Legalisation, Imagination, and the Process of Regulating Autonomous Weapons Systems**

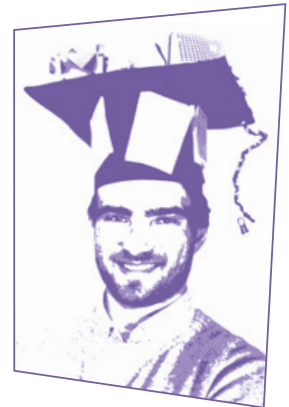
**DR. SASCHA HACH**

**Rule & Resistance in the Nuclear Order. The Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons: Product of a Subversive Struggle**



## DR. MIKHAIL POLIANSKII

Die kumulative Dissertation **Better Shared Than Dead? Russia's Dissociation from the post-Cold War European Security Order** von Mikhail Polianskii untersucht die Entfremdung der russischen Politik von den normativen Rahmenbedingungen europäischer Sicherheit. Mit Blick auf die Rolle europäischer Institutionen argumentiert er, dass diese nicht nur Opfer, sondern auch ursächlich für die Abkehr Russlands von der europäischen Sicherheitsarchitektur sind.



## DR. LINDA SCHLEGEL

Linda Schlegel beleuchtet in ihrer Promotion **Storytelling gegen Extremismus: How Insights on Narrative Persuasion and Storytelling can Improve Theory and Practice of Digital Narrative Campagins against 'Homegrown' Extremism**, wie gutes Storytelling die Wirkung digitaler Narrativkampagnen gegen Extremismus stärkt. Mit dem Fokus auf digitale Gegennarrative widmet sie sich einem bisher wenig beachteten Aspekt der Extremismusprävention.

## DR. SIMONE SCHNABEL

In ihrer Dissertation **The Power of Morality. Legitimizing African Regional Interventions: The AU and ECOWAS in Burkina Faso 2014/2015** untersucht Simone Schnabel wie die Afrikanische Union und die Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten ihre zunehmenden Interventionen legitimieren. Anhand der Intervention in Burkina Faso analysiert sie, wie die Bürger\*innen in den betroffenen Ländern selbst diese Interventionen bewerten.



## DR. REBECCA WAGNER

In ihrem Promotionsprojekt **The Shrinking of Civic Space in Electoral Processes: Empirical Evidence on Restrictions, Responses, and Electoral Resilience** analysiert Rebecca Wagner die Einschränkungen für zivilgesellschaftliche Organisationen im Wahlkontext. Anhand einer Fallstudie der Republik Kirgistan und einer globalen Umfrage unter Wahlbeobachter\*innen arbeitet sie außerdem heraus, wie sich die Organisationen den Einschränkungen widersetzen.

AUSGEZEICHNETE BUCHVERÖFFENTLICHUNG

# Ein „freies Recht zum Krieg“ – DAS ES SO NIE GAB



In seinem Buch „A Century of Anarchy?“ räumt Hendrik Simon nicht nur mit einer weit verbreiteten Schwarz-Weiß-Denke, sondern auch mit einem fest etablierten Mythos auf. Um die Antwort auf die titelgebende Frage des über 400 Seiten umfassenden Werks vorwegzunehmen: Ein „freies Recht zum Krieg“, das dann im 20. Jahrhundert von einer völkerrechtlichen Ordnung mit Gewaltverbot abgelöst wurde, hat es im 19. Jahrhundert nicht gegeben.

In Lehrbüchern zur Geschichte der internationalen Beziehungen oder des Völkerrechts, aber auch in Materialien zur politischen Bildung oder Dokumentarfilmen findet sich immer wieder dieselbe These: Die moderne Weltordnung wurde im 20. Jahrhundert geboren, als im Lichte der Erfahrung der beiden Weltkriege das völkerrechtliche Kriegsverbot normiert wurde. Zuvor, so die Vorstellung, war Krieg ein legitimes politisches Mittel, das souveräne Staaten einsetzen konnten, wie es ihnen passte. Das 19. Jahrhundert war also, in Bezug auf die Entscheidung für oder gegen Krieg, ein Jahrhundert der Anarchie. Doch stimmt diese Annahme wirklich?

Hendrik Simon machte es sich in seinem Buch zur Aufgabe, diese *conventional wisdom* zu überprüfen: Woher kommt die Vorstellung des „freien Rechts zum Krieg“ – und lässt sie sich überhaupt belegen?

„ Ich habe mich, als ich das erste Mal auf die These vom freien Recht zum Krieg gestoßen bin, gefragt: Wieso macht sich eigentlich niemand die Mühe, diese These mal zu überprüfen und zu schauen: Stimmt das denn eigentlich? |  
Hendrik Simon, PRIF Talk #009

Dieser gängigen Meinung nach gab es eine „alte“ völkerrechtliche Ordnung vor 1920 – die Ära der Anarchie – und eine „neue“ Ordnung, die im Rahmen einer radikalen Transformation im 20. Jahrhundert entstand: Erst mit der Gründung des Völkerbundes, dem Kellogg-Briand-Pakt und schließlich der UN-Charta nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Krieg als politisches Instrument geächtet und ein allgemeines Gewaltverbot in den internationalen Beziehungen eingeführt. Diese Vorstellung ist dermaßen omnipräsent, dass die Fußnote mit Nachweisen ihrer Verbreitung in Simons Buch eine ganze Seite füllt.

Um die These des „freien Rechts zum Krieg“ auf den Prüfstand zu stellen, stützt sich Hendrik Simon auf die Analyse von historischen Kriegsdiskursen, insbesondere Rechtfertigungen von Kriegen und deren Beurteilungen. An solchen Rechtfertigungen und daran, wie sie von anderen Staaten, Institutionen oder auch nationalen Öffentlichkeiten akzeptiert wurden oder nicht, lässt sich erkennen, was zu einer gewissen Zeit als Norm galt, also beispielsweise wann und unter welchen Umständen Krieg als legitimes Mittel galt.

Tatsächlich, so argumentiert Simon, war Krieg durch die Geschichte hindurch begründungspflichtig. Und das gilt auch für das 19. Jahrhundert. Kein einziger Staat reklamierte auf der internationalen Bühne ein „freies Recht zum Krieg“ für sich, selbst wenn so mancher Monarch, wie etwa Wilhelm II., nur wenig für völkerrechtliche Normen übrig gehabt haben mag. Schlüssel-

## WEITERLESEN

Eine einseitige Zusammenfassung des Buchs hat Hendrik Simon im September 2024 im Feuilleton der Frankfurter Allgemeine Zeitung veröffentlicht.



## WEITERHÖREN

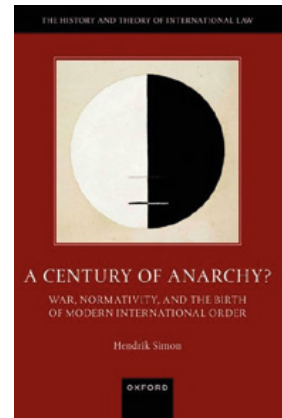
Podcastfolge von PRIF Talk mit Hendrik Simon



## ÜBER DAS BUCH

„A Century of Anarchy? War, Normativity, and the Birth of Modern International Order“ basiert auf Hendrik Simons Dissertation und ist 2024 bei Oxford University Press erschienen. Für das Buch wurde der Autor 2024 mit dem Jost-Delbrück Preis, der durch das Walther-Schücking-Institut für Internationales Recht (WSI) an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel verliehen wird, und 2025 mit dem Helmuth-James-von-Moltke-Preis der Deutschen Gesellschaft für Wehrrecht und Humanitäres Völkerrecht (DGWHV) ausgezeichnet. Das Buch ist als Open-Access-Publikation auf der Seite des Verlags verfügbar.

„A Century of Anarchy?“ ist im Rahmen des PRIF-Projekts „Kriegslegitimationen und Weltordnungskonzepte von der frühen Neuzeit bis zur Gegenwart“ entstanden, das gemeinsam von Hendrik Simon und Lothar Brock geleitet wird.



begriffe, die für den modernen Kriegsdiskurs prägend sind, wurden bereits in der Zeit der Französischen Revolution entwickelt, so beispielsweise die Idee der Nation oder der Volkssouveränität.

Auch die Institutionalisierung des Kriegsverbots reicht deutlich weiter zurück als in die 1920er Jahre. Mit dem Wiener Kongress, der von 1814 bis 1815 tagte, entstand das Europäische Konzert der Großmächte, das von nun an die Autorität besaß, Krieg zu beurteilen. Internationale Gewalt galt in dieser Zeit nur dann als gerechtfertigt, wenn das Mächtekonzept sie autorisierte oder sie für legitim befand. Es herrschte also keine Anarchie in der Entscheidung für oder wider Krieg. Vielmehr begann das moderne Kriegsverbot sich bereits herauszubilden, auch wenn es damals noch nicht in einem völkerrechtlichen Vertrag als solches festgehalten wurde.

Dieses Kriegsverbot wurde dann im Verlauf des 19. Jahrhunderts immer weiter ausdifferenziert. Beispielsweise etablierte sich, dass ein Krieg nur gerechtfertigt sein konnte, wenn zuvor diplomatische Mittel zur Konfliktbeilegung angestrengt wurden.

„ Das 19. Jahrhundert war kein anarchisches Gegenstück zur modernen internationalen Ordnung, sondern es war tatsächlich die Ära ihrer Geburt. | Hendrik Simon, PRIF Talk #009

Diese Befriedung in Europa durch das Recht hatte aber auch ihre Schattenseiten. Der Großmächtefrieden ging mit Zwang gegen kleinere Mächte und Unterdrückung von nationalen und liberalen Bewegungen einher. Und er wurde überhaupt erst durch Kolonialismus und Imperialismus ermöglicht, also mit Gewalt gegen Menschen außerhalb Europas erkaufte.

Wie konnte das Narrativ vom „freien Recht zum Krieg“ aber dennoch so wirkmächtig werden? Die These geht, so Simon, auf militärnahe Rechtsgelehrte im Deutschen Kaiserreich zurück,

die aus politischen Gründen dafür argumentierten, dass Krieg eine „natürliche Realität“ sei und souveräne Staaten das „Recht des Stärkeren“ durchsetzen dürfen – ein Narrativ, das zentral für die Denkschule des Realismus ist. Diese Meinung wurde allerdings von Juristen anderer europäischer Länder nicht geteilt und stellte vielmehr einen deutschen Sonderweg dar. Im Dritten Reich wurde die Vorstellung von NS-Juristen wie Carl Schmitt und Wilhelm Grewe aufgegriffen und weiter verfestigt.

Zwischen und nach den Weltkriegen wurde die Mindermeinung, dass im 19. Jahrhundert ein „freies Recht zum Krieg“ geherrscht habe, in der Geschichtsschreibung des modernen Völkerrechts schließlich als vermeintliche Tatsache universalisiert – und zwar nicht nur von Autoren, die dem Realismus zuzurechnen sind, sondern erstaunlicherweise auch von liberalen Juristen. Letztere hatten ein Interesse daran, die völkerrechtlichen Errungenschaften seit 1920 als besonders progressiv darzustellen. Die Vorstellung des 19. Jahrhunderts als „Jahrhundert der Anarchie“ half, den Kontrast besonders deutlich erscheinen zu lassen.

„ Letztlich führt das zu dem Ergebnis, dass sich paradoxerweise bis heute zwei Denkrichtungen, die ja eigentlich völlig konträr zueinander sind, also Realismus und Liberalismus, jedenfalls in der Frage für oder wider Krieg, sich in derselben aus meiner Sicht klar falschen Lehrmeinung begegnen.

| Hendrik Simon, PRIF Talk #009

Insgesamt verdeutlicht das Buch eindrücklich die lange Geschichte des völkerrechtlichen Gewaltverbots und der regelbasierten internationalen Ordnung. In diesem Sinne attestieren Rezensent\*innen dem Buch, „unverzichtbar für jede Beschäftigung mit der Frage nach der Legitimation von Kriegen“ zu sein (Hubert Zimmermann, *Politische Vierteljahresschrift*) und „zweifelloso ein Bezugspunkt für die Debatten über die intellektuellen Quellen und blinden Flecken der Disziplin der internationalen Beziehungen zu werden“ (Eric Sangar, *Perspectives on Politics*). Indem Simon mit lange für selbstverständlich gehaltenen Annahmen aufräumt, erinnert er seine Leser\*innen daran, kritisch im Umgang mit historischen Narrativen zu bleiben und jenseits konventioneller Muster und Schwarz-Weiß-Erklärungen zu denken. (lfr/ewa)

Dr. Hendrik Simon ist assoziierter Forscher am Programmbereich Internationale Institutionen. Er ist zudem Principal Investigator und Standortkoordinator am Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt an der Goethe-Universität Frankfurt. Hendrik Simon forscht zu Normen in der internationalen Politik und der Rolle des Völkerrechts in Geschichte und Gegenwart.



# WELTWEIT vernetzt




## Unsere Gastforscher\*innen 2024

**Juan Albarracín Dierolf (Gastprofessor)** University of Illinois, Chicago, USA

**Anja P. Jakobi (Gastprofessorin)** TU Braunschweig, Deutschland

**Jonah Schulhofer-Wohl (Gastprofessor)** Universität Leiden, Niederlande

**Suparna Banerjee** Unabhängige Forscherin

**Nicole Doerr** University of Copenhagen, Dänemark

**Selma Kropp** European University Institute, Florenz, Italien

**Alex Kuehl** American University, Washington DC, USA

**Thomas Lord** University of Canterbury, Christchurch, Neuseeland

**Yury Terekhov** Unabhängiger Forscher

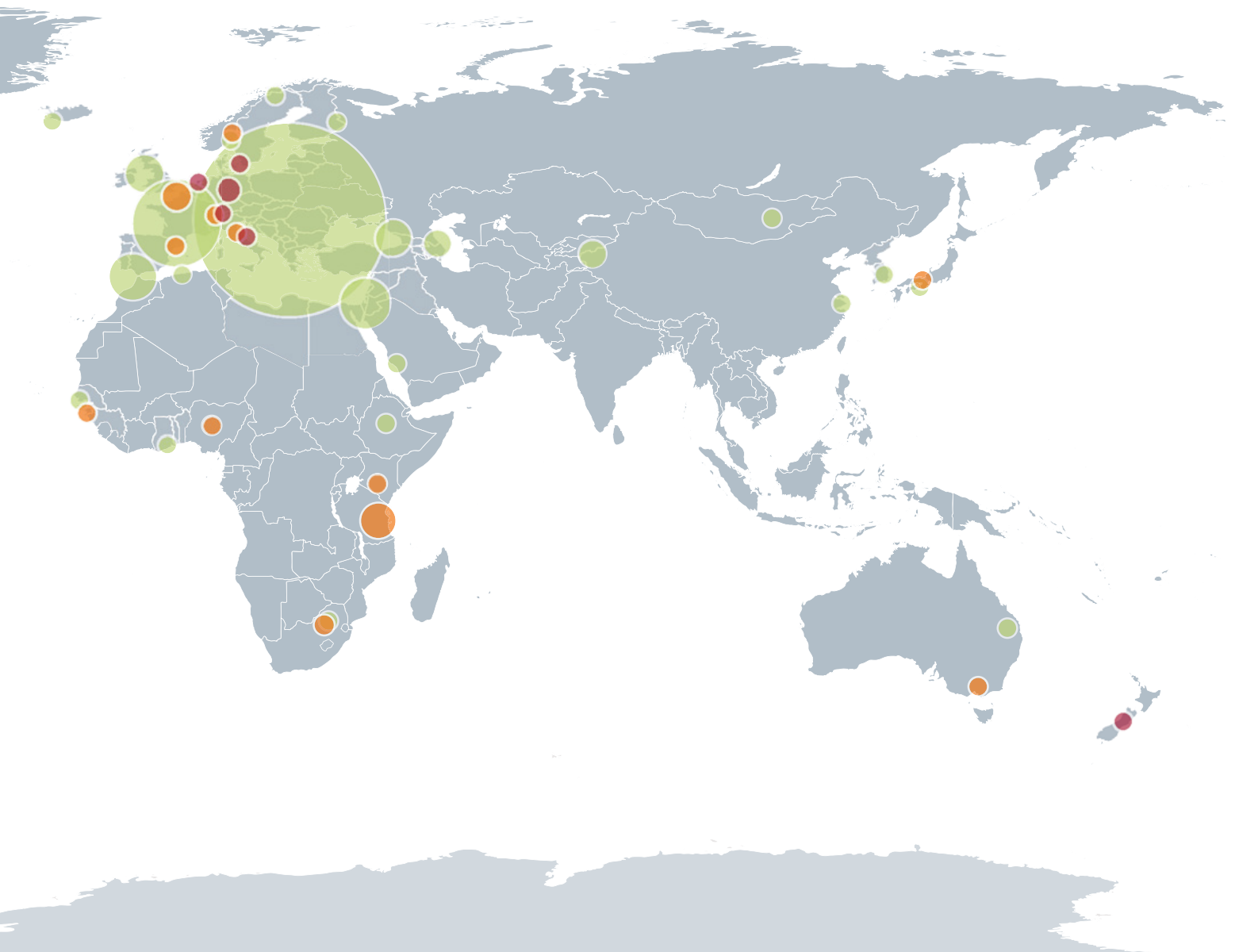
**Skollan Elisabeth Warnck** Universität Leipzig, Deutschland

**Yuan Xinyu** Geneva Graduate Institute, Schweiz

 **422** Partner in Kooperationen und Netzwerken

 **18** Forschungsaufenthalte

 **11** Gastforscher\*innen



# FÖRDERER

Adickes-Stiftung über Goethe-Universität Frankfurt	Promovierendenunterstützung
Auswärtiges Amt	Förderung des akademischen Nachwuchses im Bereich Rüstungskontrolle, Abrüstung, Nichtverbreitung
Auswärtiges Amt	Cluster Natur- und Technikwissenschaftliche Rüstungskontrollforschung (CNTR)
Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat	PrEval Zukunftswerkstätten
Bundesministerium für Bildung und Forschung	Forschungszentrum „Transformations of Political Violence“ (TraCe)
Bundesministerium für Bildung und Forschung	Compliance und Enforcement von CBW-Verbotnormen
Bundesministerium für Bildung und Forschung	KURI – Konfigurationen von gesellschaftlichen und politischen Praktiken im Umgang mit dem radikalen Islam
Bundesministerium für Bildung und Forschung	RADIS – Transfervorhaben Gesellschaftliche Ursachen und Wirkungen des radikalen Islam in Deutschland und Europa
Bundesministerium für Bildung und Forschung	Radikalisierung auf Gaming-Plattformen und Messenger-Diensten (RadiGaMe)
Bundesministerium für Bildung und Forschung	Kompetenznetz „African Non-Military Conflict Intervention Practices“ (ANCIP) – Sondergesandte und Zivilgesellschaft
Deutsche Forschungsgemeinschaft	Antisemitismus im Spiegel des Rechts: Erfahrungen auf dem Weg zur Gerechtigkeit
Deutsche Forschungsgemeinschaft	Legitimitätspolitik durch Dialogforen? Die Weltwirtschaftsinstitutionen und ihre Kritiker
Deutsche Forschungsgemeinschaft	Elite Management and Ethnic Conflict in Sub-Saharan Africa
Deutsche Forschungsgemeinschaft	Demokratie jenseits legitimen Zwangs: Tödliche Gewaltanwendung durch die Polizei in den Philippinen und Brasilien
Deutsche Forschungsgemeinschaft	Lokale Wahrnehmungen regionaler Interventionen: AU und ECOWAS in Burkina Faso und Gambia
Deutsche Forschungsgemeinschaft	Alltägliche politische Subjektivierung und das Erstarken regressiver Politiken. Abstiegsängste, Urbanisierung und Raumproduktionen in Frankfurt am Main und Leipzig
Deutsche Forschungsgemeinschaft	Eine neue Rolle für die NATO – Walter-Benjamin-Stelle

Deutsche Forschungsgemeinschaft	PRIF-Jahreskonferenz: Weit weg und doch so nah: Bewaffnete Konflikte in der transnationalen Konstellation
Deutsche Forschungsgemeinschaft	Chinesische Anpassung an Konfliktrisiken in der Ära der Belt-and-Road-Initiative
Deutsche Forschungsgemeinschaft	Jüdische Außenpolitik und der Exodus der syrischen Juden
Deutsche Forschungsgemeinschaft	Widersprüche in Deradikalisierungsprozessen
Deutsche Stiftung Friedensforschung	Internationale Tagung Paris
Deutsche Stiftung Friedensforschung	Friedensgutachten 2024
Deutsche Stiftung Friedensforschung	Wirkungen und Wirkungsweisen humanitärer militärischer Interventionen
Diligentia Stiftung	How Germany's Peaceful Revolution in 1989 and its Remembrance Affect Democracy Today
Europäische Union – Horizon Europe	VORTEX – Coping with Varieties of Radicalization into Terrorism and Extremism
Europäische Union	Non-Proliferation and Disarmament Consortium (Teilprojekte E-Learning Course und Internships)
Fondation Avec et Pour Autres	Coercion in Peacebuilding
Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst über Goethe-Universität Frankfurt	ConTrust – Vertrauen im Konflikt. Politisches Zusammenleben unter Bedingungen der Ungewissheit
Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst	Tagung „Demokratischer Zusammenhalt“
Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst	LOEWE-Spitzenprofessur
Justus-Liebig-Universität Gießen	The Post-Agreement from a Gender Perspective: Differential Perceptions of the Peace Process and the Reincorporation of Former FARC-EP Combatants in Rural Communities in Colombia
Leibniz-Gemeinschaft	PATTERN – How does Past Matter? The Russian War of Aggression and the Cold War
Leibniz-Gemeinschaft	Leibniz Lab: Umbrüche und Transformationen
Leibniz-Gemeinschaft	Leibniz-Forschungsnetzwerk „Umweltkrisen – Krisenumwelten“
Leibniz-Gemeinschaft	Leibniz-Forschungsnetzwerk „Integrierte Erdsystemforschung“
Leibniz-Gemeinschaft	Leibniz Forschungsverbund „Wert der Vergangenheit“
Leibniz-Gemeinschaft	Strategie-Fonds Leibniz „New Work“
Stadt Frankfurt am Main	Extreme Rechte in Hessen
Stadt Frankfurt am Main	Global House of Young Voices
Verband der Diözesen Deutschlands KÖR	Erstellung des Rüstungsexportberichts der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung 2024

## NEUE LEITUNG IM BERLINER PRIF-BÜRO

# WISSENSTRANSFER UND Dialogformate

Seit 2017 gibt es das Berliner Büro vom PRIF im Haus der Leibniz-Gemeinschaft. War es zu Beginn ein zeitlich begrenztes Pilotprojekt, ein Versuch, in der Hauptstadt für kürzere Wege und bessere Kommunikation ins politische Berlin zu sorgen, hat sich die *Dépendance* mittlerweile bewährt und ist fest etabliert. 2024 übernahm Sarah Brockmeier-Large die Leitung und ist seitdem das kompetente und tatkräftige Berliner Gesicht von PRIF.

### **Warum ist aus deiner Sicht das Berliner Büro wichtig? Was ist seine Funktion?**

Eine wichtige Funktion des Berliner Büros ist es, die Wissenskommunikation von PRIF zu unterstützen und den Austausch zwischen Wissenschaft und Politik zu stärken. Das Büro unterstützt dabei, die Forschung des PRIF in der Hauptstadt sichtbar zu machen, und bringt sie u. a. über dialogische Formate in politische Debatten ein. Darüber hinaus dient das Berliner Büro ganz praktisch als Anlaufstelle für Mitarbeitende aus Frankfurt für kurze oder längere Aufenthalte in Berlin oder für Gastwissenschaftler\*innen. Und wir organisieren, begleiten oder unterstützen jährlich wiederkehrende Formate in Berlin für den Austausch zwischen Forschenden am PRIF und dem Politikbetrieb in Berlin.

### **Welche Formate sind das zum Beispiel?**

Ein Highlight jeden Jahres ist die jährliche Vorstellung des Friedensgutachtens in Berlin, bei dem die Herausgeber\*innen und Autor\*innen das Gutachten bei der Bundespressekonferenz und dann in den Fraktionen verschiedener Parteien und in



Ministerien vorstellen. Wir unterstützen außerdem den Austausch zwischen den Forschenden im CNTR-Projekt (Cluster Natur- und Technikwissenschaftliche Rüstungskontrollforschung) mit dem Politikbetrieb in Berlin. 2024 wurde der erste CNTR Monitor im Auswärtigen Amt gelauncht mit dem Themenschwerpunkt *Dual Use* in Forschung und Entwicklung. Der Monitor wurde u. a. im Auswärtigen Amt, dem Verteidigungsministerium und dem Ministerium für Bildung und Forschung diskutiert.

Seit 2022 organisieren wir außerdem jedes Jahr einen oder mehrere Beiträge des PRIF für das

„Deutsche Forum Sicherheitspolitik der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS)“. Im letzten Jahr haben zum Beispiel die Kolleg\*innen Pascal Abb und Irene Weipert-Fenner ein Fachgespräch zum Thema „Der neue Regimewettbewerb und seine sicherheitspolitischen Konsequenzen“ geführt. Bei der Podiumsdiskussion „Rüstungskontrolle und Neue Technologien – Chancen sehen und ergreifen“ sprachen Thomas Reinhold, Frank Kuhn und Liska Suckau vom Forschungsverbund CNTR.

wo ich auch an praxisnahen Forschungsprojekten gearbeitet habe. Ich finde die Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Politik extrem spannend und merke, dass es für die Unterstützung des Wissenstransfers von PRIF sehr hilfreich ist, dass ich länger zur deutschen Außenpolitik in Berlin gearbeitet habe. Wenn ich zum Beispiel aufgrund meines Hintergrunds oder meiner gegenwärtigen Forschung zu Veranstaltungen oder Hintergrundgesprächen eingeladen werde, hilft das sehr, um die Feinheiten der



***Du bist Politikwissenschaftlerin, promovierst, hast auch die passenden Forschungsschwerpunkte: deutsche Außenpolitik, Krisenprävention, Stabilisierung und Friedensförderung sowie öffentliche Meinung und Bürger\*innendialoge zu Außen- und Sicherheitspolitik. Wie greifen deine Forschungs- und Transferaktivitäten ineinander? Also inwieweit prägen z. B. deine Erfahrungen in den Dialogformaten wieder deine Forschungsarbeit – klappt der „dialogische Wissenstransfer“?***

Vor meiner Zeit am PRIF habe ich zwei Jahre bei den Vereinten Nationen gearbeitet sowie 10 Jahre beim Think Tank Global Public Policy Institute,

politischen Debatten in Berlin zu verfolgen. Es bietet gleichzeitig die Möglichkeit, Forschungsergebnisse des PRIF einzuspeisen und Netzwerke auszubauen.

***Du hast dich geäußert zur Reform des Auswärtigen Amts, zur Weiterentwicklung der Entwicklungspolitik, zur Zukunft der deutschen Sicherheitspolitik, zur ersten deutschen nationalen Sicherheitsstrategie. Du konzipierst auch PRIF Blog-Serien. Welche Themen brennen dir besonders unter den Nägeln?***

Ich finde die derzeitige Nachrichtenlage aus der Welt sehr erdrückend, wie wahrscheinlich viele Menschen. Mir hilft immer der Gedanke, dass ich

mich beruflich mit den Fragen beschäftigen darf, die viele Menschen jetzt auch wirklich umtreiben: Wie kann Europa sicherheitspolitischen Herausforderungen begegnen? Wie können wir unsere Demokratie erhalten? Wie uns für Frieden einsetzen? Ein Thema, was mich beschäftigt und welches ich auch in meiner Dissertation bearbeite, ist die öffentliche Debatte zu Außen- und Sicherheitspolitik: Wie messen wir eigentlich die öffentliche Meinung zu Außen- und Sicherheitspolitik? Wer spricht wie mit Bürger\*innen über Außen- und Sicherheitspolitik? Wie funktioniert hier das Zusammenspiel zwischen Politik, Medien und Bürger\*innen in der öffentlichen Debatte? Zwischendurch beschäftigt mich aber auch immer wieder die Frage, wie wir ganz praktisch Reformen angehen müssten, um die Bürokratie für Außen- und Sicherheitspolitik effizienter zu gestalten.

***Du bist auch zur Leibniz-Gemeinschaft eine wichtige Verbindung. Seit 2024 gibt es z. B. die Leibniz-Labs, in denen Leibniz-Institute interdisziplinär und mit Akteuren aus Gesellschaft, Politik und Wirtschaft zusammenarbeiten. Das PRIF ist an drei Leibniz-Labs beteiligt: „Pandemic Preparedness“, „Systemische Nachhaltigkeit“ sowie „Umbrüche und Transformationen“. An letzterem bist du selbst beteiligt. Um was geht es in diesem Projekt?***

Im Rahmen des Leibniz-Lab „Gesellschaftliche Umbrüche und Transformationen“ haben wir

zusammen mit dem Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (GESIS) unter anderem einen Workshop zu öffentlicher Meinung zu Außen- und Sicherheitspolitik organisiert. Hier brachten wir Wissenschaftler\*innen, die zu öffentlicher Meinung in der Außen- und Sicherheitspolitik oder generell zu Meinungsforschung arbeiten, zusammen mit Wissenschaftler\*innen und Think Tank-Expert\*innen, die regelmäßig Umfragedaten erheben und veröffentlichen, und Entscheidungsträger\*innen, die Umfragen in der politischen Entscheidungsfindung konsultieren. Unsere Ziele waren, das Verständnis der verschiedenen Gruppen für die Arbeit der anderen zu erhöhen, Herausforderungen und Lösungsansätze herauszuarbeiten und persönliche Netzwerke zu fördern, um potentielle zukünftige Zusammenarbeit und auch ganz schlicht informelle Problemlösungen zu ermöglichen. Der Workshop war extrem spannend und hat ganz konkrete Lücken im Wissenstransfer bei diesen Themen gezeigt. Es gibt schon ganz schön viel Forschung, die in der Politik oder Verwaltung aber kaum wahrgenommen wird. Andersherum profitieren die Wissenschaftler\*innen sehr davon zu hören, welche Fragen sich Entscheidungsträger\*innen stellen und welche Formate sie wahrnehmen und welche nicht. Für mich war das ein hervorragendes Beispiel dafür, warum Dialogformate und Wissenstransfer insgesamt für alle Seiten bereichernd sein können. *(kha)*



Sarah Brockmeier-Large leitet seit 2024 das Berliner Büro von PRIF. Außerdem ist sie Doctoral Researcher im Rahmen der Forschungsinitiative ConTrust – Vertrauen im Konflikt am PRIF und an der Goethe-Universität Frankfurt/M. und Non-Resident Fellow am Global Public Policy Institute (GPPi) in Berlin. In ihrer Dissertation beschäftigt sie sich mit der Frage, ob und unter welchen Umständen Bürgerdialoge zu Außenpolitik das politische Vertrauen von Bürger\*innen beeinflussen.



## BILANZ DER ERSTEN PROJEKTPHASE

# INS GESPRÄCH KOMMEN – IM GESPRÄCH BLEIBEN – **Perspektiven entwickeln**

Vor fünf Jahren begann ein ganz besonderes Kooperationsprojekt von PRIF und dem Auswärtigen Amt (AA), „Perspektiven der Rüstungskontrolle“. Vier PRIF-Doktorand\*innen starteten unter Finanzierung des AA ihre Dissertationsprojekte im Themenbereich Rüstungskontrolle. Der Name ist Programm und dokumentiert die Idee: Der kriselnden Rüstungskontrolle entgegenzutreten mit der Generierung von Nachwuchs, Wissen und Perspektiven – und das durch den Austausch zwischen politischer Praxis und Wissenschaft. 2024 endete das Programm für die erste Riege der Doktorand\*innen. Intensive Forschung, Feldforschungsaufenthalte und mindestens eine dreimonatige Hospitanz im AA liegen hinter ihnen.



## Anna-Katharina Ferl

Anna-Katharina Ferl beschäftigt sich in ihrer Dissertation mit dem Prozess der Regulierung autonomer Waffensysteme mit Blick darauf, wie neue Militärtechnologien überhaupt in einen Rüstungskontrollprozess gefasst werden können. Dazu hat sie einen theoretisch-konzeptionellen Rahmen entwickelt, in dem sie nicht nur auf politikwissenschaftliche Theorien eingeht, sondern vor allem auch auf Wissenschafts- und Technologiestudien. Dadurch liegt der Schwerpunkt mehr auf den Technologien selbst, also auf der Interaktion technologischer und sozialpolitischer Entwicklungen.

Die Blütezeit der Rüstungskontrolle liegt weit in der Vergangenheit, die Unterstützung für zahlreiche multilaterale Abkommen schwindet zusehends. Die Zeichen stehen auf Konfrontation und Polarisierung – und vor allem auf Aufrüstung.

Diese Entwicklung ist problematisch und gefährlich. Denn in der Rüstungskontrolle geht es nicht nur um Abrüstung und Nichtverbreitung sondern auch um viele weitere Themen: um die Einhegung neuer Waffentechnologien, um Vertrauensbildung, Deeskalationsstrategien und nicht zuletzt darum, Verhandlungs- und Gesprächskanäle zwischen Konfliktparteien offen zu halten und zu pflegen. Im Gespräch bleiben, auch in höchst konfrontativen Zeiten, und das nicht nur auf Außenminister\*in-

Die Forschung zu Rüstungskontrolle und Abrüstung bleibt also notwendig. Und sie ist auch mit neuen Forschungsfeldern gefragt. Künstliche Intelligenz in der Waffentechnik und Fragen der Cybersicherheit machen neue Formen der Rüstungskontrolle und Abrüstung notwendig. Rüstungskontrollpolitische Fragen müssen an neue technologische, politische und normative Entwicklungen angepasst werden, normative und rechtliche Fragen aus früheren Verhandlungsprozessen können Anknüpfungspunkte bereitstellen für künftige Verhandlungen oder Strategiepapiere. Politische Praxis bedarf Expertise und Erfahrung, Wissenschaft braucht Forscher\*innen, die sich auf das Feld der Rüstungskontrolle einlassen und Forschungsfelder weiterentwickeln.

„ Aber sehr interessant zu erleben: Wie werden Entscheidungen getroffen, welche institutionellen Prozesse gibt es, warum macht Deutschland manche Sachen in der Rüstungskontrolle auf eine bestimmte Art und Weise, die andere Staaten vielleicht anders machen? Wie sind Verantwortungsketten, wie ist die Interaktion zwischen AA und Verteidigungsministerium? Wie koordinieren sie sich in diesem Bereich? Auf welche Expertise wird zurückgegriffen, wer wird eingeladen zu Workshops? | *Anna-Katharina Ferl*

nenebene, sondern gerade auch auf einer Arbeitsebene mit Diplomaten\*innen und Referent\*innen, selbst wenn konkrete Ergebnisse und Einigungen nur langsam, äußerst mühsam und manchmal gar nicht zustande kommen.

Umso wichtiger, dass man Nachwuchs fördert, Anreize für die Forschung schafft und auch in der Politik Expertise bewahrt und aufbaut. Das gemeinsame Promotionsprogramm von PRIF und dem Auswärtigen Amt möchte dazu einen Beitrag

leisten und schickte deshalb nach einem gemeinsamen Bewerbungsverfahren 2019 vier Nachwuchswissenschaftler\*innen an den Start.

### **INS GESPRÄCH KOMMEN, IM GESPRÄCH BLEIBEN**

Die vier PRIF-AA-Doktorand\*innen haben in sehr unterschiedlichen Bereichen der Rüstungskontrolle promoviert und alle mindestens eine Hospitanz im Auswärtigen Amt absolviert.

politischen Strategien bereichert. In ihren Hospitanzzeiten konnten die vier Doktorand\*innen nun das politische Tagesgeschäft, die Verhandlungsarbeit oder die Umsetzung von politischen Strategien begleiten, unterstützen und mit organisieren. Das verschafft Einblicke, wie politische Entscheidungen vorbereitet werden und wie politische Abläufe und Abstimmungsprozesse funktionieren. Und hat der Transfer von Wissen in beide Richtungen geklappt?

„ Das war schon spannend zu sehen, wie eine Excel-Tabelle entsteht mit ganz konkreten Anweisungen, die dann weitergegeben wird. Das war sozusagen die Software des Abstimmungsverhalten der Bundesrepublik bei den UN. | *Sacha Hach*

Beide Seiten sollten profitieren: Die Promovierenden brachten ihre Expertise ein und erhielten im Rahmen ihrer Hospitationen Einblicke in die praktische Umsetzung von Rüstungskontrolle und internationaler Kooperation. Gleichzeitig sollte für die Zukunft Expertise gesichert werden, sowohl an den Forschungsinstitutionen als auch in der Politik und in der Gesellschaft.

Grundlagenforschung, innovative Ansätze und Perspektiven zu entwickeln, Erfahrungen aus historischem Wissen auszuwerten, das ist der wichtige Beitrag der Forschung zur Rüstungskontrolle, der im optimalen Fall politische Verhandlungsprozesse und die Entwicklung von

Auf Jana Baldus, die in ihrer ersten Hospitationsphase in Berlin eine Konferenz im Rahmen der Stockholm-Initiative inhaltlich vorbereitet hatte, wartete in ihrer zweiten Hospitanz eine noch stärker fordernde Aufgabe. Sie reiste als Expertin und Teil der deutschen Delegation zur Überprüfungs-konferenz des Nuklearen Nichtverbreitungsvertrags (NVV) nach New York. Dort nahm sie einen Monat lang an der kompletten Überprüfungs-konferenz teil. Der deutsche Delegationsleiter, gleichzeitig der deutsche Abrüstungsbotschafter in Genf, wies sie in die diplomatischen Feinheiten ein und im Delegationscafé und während der Sitzungen konnte sie selbst einiges von der Chemie dieser internationalen Konferenz beobachten. Für ihre

## Sascha Hach

Sascha Hach untersucht in seiner Dissertation, wie in der globalen Rüstungskontrollarchitektur, insbesondere im Atomwaffenverbotsvertrag und im Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag, Strukturen von Herrschaft oder Herrschaftsansprüche verankert sind und wie die Nicht-Nuklearwaffenstaaten darauf reagieren. Das heißt, unter welchen Bedingungen begehren sie dagegen auf und mit welchen Mitteln? Wie konnte es einer Protestbewegung, die letztendlich in einen internationalen Vertrag mündete, gelingen, die mächtigsten Staaten herauszufordern?





## Jana Baldus

Die Entstehung des Atomwaffenverbotsvertrags (AVV), der 2017 verabschiedet wurde, ist das Thema der Dissertation von Jana Baldus. Warum ist er entstanden und warum gerade zu diesem Zeitpunkt gegen den Willen der mächtigen Nuklearstaaten? Sie blickt auf die lange Geschichte des Widerstands und der Kontestation gegen die nukleare Ordnung von vielen Nicht-Atomwaffenstaaten. Vor allem interessiert sie der Aspekt der Radikalisierung der Bewegung, also wie der Kampf für einen solchen Vertrag immer vehementer wurde, und zwar nicht nur auf der Seite der Nicht-Atomwaffenstaaten, sondern auch auf der Seite sicherheitsorientierter Staaten und Atomwaffenstaaten, die die nukleare Ordnung in Richtung mehr Sicherheit und Nichtverbreitung verändern wollten.

Dissertation analysierte sie Dokumente aus dem NVV seit 1995 und konnte mit diesem historischen Blick ihren Delegationskolleg\*innen gute Inputs geben, zum Beispiel, wer welches Thema wann schon einmal besetzt hatte.

Der Einblick in interne Aushandlungsprozesse, die Genese deutscher Positionen, was Deutschland in Verhandlungen priorisiert, auf welche Aspekte

mitgestalten und zu autonomen Waffensystemen, ihrem Fachgebiet, zuarbeiten.

Während ihrer Hospitanz organisierte das Referat eine Konferenz im Rahmen der Reihe „Rethinking Arms Control“, die seinerzeit Heiko Maas initiiert hatte, um Rüstungskontrolle mit neuen Impulsen zu bereichern. Sie arbeitete an der Organisation und an der konzeptionellen Planung von verschie-

„ Ich habe ungeheuren Respekt vor dem Einsatz der Diplomaten\*innen bekommen. Sie haben unvorstellbare Arbeitszeiten. In der letzten Woche der Konferenz, wenn dann wirklich am Abschlussdokument gearbeitet wird, arbeiten sie teilweise bis 3 Uhr morgens am Entwurf und um 6 Uhr kommt dann der neue, an dem wieder gearbeitet werden muss. | *Jana Baldus*

besonders Wert gelegt wird und wie sie dann umgesetzt werden – das war auch für Anna-Katharina Ferl eine spannende Erfahrung. Sie hospitierte im OR10 („Konventionelle Abrüstung, Rüstungskontrolle und Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen weltweit; präventive Rüstungskontrolle“) und sollte eigentlich mit dem Referat zu Abrüstungsgesprächen nach Genf reisen. Allerdings mussten wegen der COVID-19-Pandemie Gespräche vor Ort immer wieder verschoben werden und fanden schließlich digital statt. So konnte sie leider keine Konferenzluft schnuppern, aber die deutsche Vorbereitung und Arbeitsweise

denen Panels und Workshops. Zurück in Frankfurt organisierte sie noch einen weiteren Workshop für das AA für internationale Teilnehmer\*innen aus der Wissenschaft und Diplomaten\*innen. Thema waren Brain-Computer Interfaces, also die Gehirn-Computerschnittstellen, d. h. es wurde diskutiert, wie die Zeit zwischen dem menschlichen Denken und der Eingabe in den Computer verkürzt werden kann. Das ist relevant für die autonome Gefechtsführung und zur besseren Integration von KI in militärische Operationen, da die Schnittstelle Mensch-Computer immer noch der langsamste Teil ist.

Auch Matthias Schwarz verbrachte seine Hospitanz im OR10 und sieht die Erfahrung der politischen Praxis als bereichernd und interessant. Er beschäftigt sich in seiner Dissertation mit Rüstungskontrollprogrammen und -praktiken für konventionelle Waffen in Kenia und Nigeria. Deutschland gehört zu den Ländern, die die meisten dieser Programme finanzieren. Diese zielen z. B. darauf ab, die Waffen des Militärs zu markieren oder bestimmte Software zur Rückerkennung zu finanzieren. Oder es geht darum, eine Polizeistation so auszustatten, dass man nicht so leicht an die dort gelagerten Waffen herankommen kann. Eine sehr technische Herangehensweise an Rüstungskontrolle, die vor allem auf Kontrolle abzielt, weniger auf die Ursachen von Gewalt und Bewaffnung.

Während seines Aufenthalts in Berlin konnte er die Dynamiken der Projektzyklen direkt mitverfolgen: wie die Projekte im AA konzipiert werden, welche Logiken dahinterstecken, wie finanziert wird, wie mit den Implementierungsorganisationen zusammengearbeitet wird, wie die Projekte in Kenia oder Nigeria umgesetzt und schließlich wieder in Berlin evaluiert und Empfehlungen erarbeitet werden. Dieser Kreislauf läuft oft über viele Jahre. Der Austausch mit den Kolleg\*innen im Referat klappte sehr gut. Auch wenn

die tatsächliche Umsetzung von politischen Prozessen abhängt, hat er beratend unterstützt, wie konventionelle Rüstungskontrolle auf Basis seiner Fallstudien weiterentwickelt werden kann. Diese Expertise konnte er auch während seiner zweiten Hospitanz in Genf bei der ständigen Vertretung der Abrüstungskonferenz der Bundesrepublik einbringen.

Auch Sascha Hach wurde direkt in die internen Abläufe von Absprachen und in die Abstimmungsprozesse zwischen den verschiedenen Ministerien mit eingebunden. Zur Vorbereitung der Überprüfungskonferenz für den NVV fanden einige Konsultationen mit Staaten statt, mit denen Deutschland im NVV zusammenarbeitet. Diese bilateralen und multilateralen Konsultationen unterstützte er in der Konzeption und in der Nachbereitung. Auch wirkte er bei den Abstimmungsvorbereitungen für das Erste Komitee der UN-Generalversammlung mit. Das heißt, er untersuchte, wie sich Deutschland bei den verschiedenen Resolutionen, die dort verhandelt wurden, positionieren wird, vermittelte diese Informationen weiter, unterstützte die Kommunikation zwischen Hauptstadt und der deutschen UN-Dépendance in New York. Eine weitere Aufgabe im Rahmen seiner Hospitanz war die Mitarbeit bei einem Entwurf zur Fortsetzung der Stockholm-Initiative in Vorbereitung eines High-Level-Meetings in Jordanien.

## **DIE ARMS CONTROL NEGOTIATION ACADEMY (ACONA)**

*ACONA ist ein 12-monatiges, hochrangiges Weiterbildungsprogramm für aufstrebende internationale Sicherheitsexpert\*innen und -praktiker\*innen, die in einem kompetitiven Bewerbungsverfahren ausgewählt werden.*

*ACONA ist einer der wenigen Orte auf der Welt, an dem junge Wissenschaftler\*innen, Diplomaten\*innen und Entscheidungsträger\*innen aus allen Kontinenten – einschließlich der USA, Europa, Russland, China und dem globalen Süden – persönlich zusammentreffen, voneinander lernen und zusammenarbeiten können. Ziel ist es, eine epistemische Gemeinschaft aufzubauen, welche den Bereich der Rüstungskontrolle, Nichtverbreitung und Abrüstung in die Zukunft führen kann.*

*In einer zunehmend gefährlichen und fragmentierten Welt streben die Verantwortlichen danach, ACONA als weltweit führende Innovationsstätte in der kooperativen Sicherheit über geopolitische Konfliktlinien hinweg zu etablieren.*



**ZUM PROJEKT**

Den Austausch mit den Kolleg\*innen vom AA bewerten alle als sehr positiv, wertschätzend und bereichernd. Manchmal hätten sie sich gewünscht, noch mehr innovative Ansätze und Perspektiven

wird sie nicht mehr nur den Rüstungskontrollaspekt bearbeiten, sondern erforschen, wie KI in militärische Entscheidungsfindungsprozesse integriert wird und was das für internationale Sicherheit bedeutet.

„ Man bekommt ein Verständnis dafür, wie Prozesse ablaufen, das ist immer sinnvoll. Man entwickelt ein holistisches Verständnis für die Materie, mit der man sich beschäftigt. | Matthias Schwarz

einbringen bzw. diskutieren zu können. Die politische Arbeit ist oft sehr kleinteilig, das AA steckt in seinem Betriebsmodus, Dossiers müssen bearbeitet, Termine vorbereitet werden. Das Arbeitspensum ist enorm.

#### UND WAS JETZT?

Die Dissertationen sind fast alle abgeschlossen, das Programm beendet, die Nachwuchswissenschaftler\*innen konnten einiges mitnehmen für ihre Forschung, die Mitarbeiter\*innen im Auswärtigen Amt konnten von der wissenschaftlichen Expertise, neuen Ideen und Inputs profitieren. Bleibt noch die Frage, ob auch die Hoffnung erfüllt wurde, Nachwuchs zu generieren für die Rüstungskontrolle.

Die Bilanz kann sich durchaus sehen lassen: Jana Baldus arbeitet jetzt bei einem Think Tank mit Sitz in London als Referentin für nukleare Rüstungskontrolle. Damit arbeitet sie an der Schnittstelle zwischen Politik und Wissenschaft. Anna-Katharina Ferl ist Postdoktorandin am Center for International Security and Cooperation, ein universitäres Forschungsinstitut an der Stanford University. Dort

Matthias Schwarz übernimmt die Regionalkoordination für Subsahara-Afrika am „Kompetenzzentrum internationale Wissenschaftskooperation“ des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD). Dort kann er nicht nur seine Regionalexpertise einbringen, sondern auch seine Kenntnisse aus der Rüstungskontrolle zu Dual-Use-Gütern, also zu Technologien, die sowohl für zivile als auch für militärische Zwecke eingesetzt werden können.

Sascha Hach bleibt dem PRIF erhalten. Er arbeitet im Projekt „PATTERN: How Does the Past Matter? Der russische Aggressionskrieg gegen die Ukraine und der Kalte Krieg“ und koordiniert von Seiten des PRIF im internationalen Konsortium das ACONA-Projekt, ein hochkarätiges Projekt, das Diplomaten\*innen, Militärangehörige und Think Tanker in der Mitte ihrer Karriere aus aller Welt zusammenbringt.

2025 haben zwei neue Doktorand\*innen ihre Dissertation im Rahmen des Projekts begonnen. Man darf gespannt sein, was sie in vier Jahren zu erzählen haben. (kha)



## Matthias Schwarz

Matthias Schwarz fragt sich in seiner Dissertation am Beispiel von Kenia und Nigeria, welche Auswirkungen nationale und globale Machthierarchien auf die Rüstungskontrolle in beiden Ländern haben. Mit einem Fokus auf konventionelle Waffen nimmt er Rüstungskontrollprojekte und -praktiken in diesen Ländern in den Blick, die unter anderem von Deutschland finanziert werden. Wo liegt ihr Fokus, wie wird mit ihnen Rüstungskontrolle umgesetzt?

WORKNEW@LEIBNIZ

# Neues Arbeiten IN DER Wissenschaft



Agile Teams, Homeoffice und Workation sind in vielen Branchen längst etabliert und signalisieren: Die Arbeitswelt wandelt sich. Doch wie kann sich die Wissenschaft den Herausforderungen der neuen Arbeitswelt stellen? Mit dem Projekt „WorkNew@Leibniz“ hat die Leibniz-Gemeinschaft Ansätze entwickelt, wie moderne Arbeitsformen in der Wissenschaft aussehen und umgesetzt werden können. Das PRIF koordinierte mit zwei weiteren Leibniz-Instituten das kollaborative Projekt.



## Projektleitung PRIF

Petra Schmidt ist Redakteurin und Kommunikationsexpertin für das Projekt „WorkNew@Leibniz – Neue Arbeitsformen für die Wissenschaft“. Susanne Boetsch ist administrative Geschäftsführerin und Mitglied des Vorstands am PRIF.



Die Veränderungen der Arbeitswelt nehmen seit einigen Jahren an Fahrt auf: Die Digitalisierung erfordert neue Arbeitsmethoden, die globale Vernetzung stellt traditionelle Strukturen in Frage und auch Arbeitnehmer\*innen entwickeln neue Ansprüche – hin zu mehr Wertschätzung, Mitsprache und individueller Entfaltung. New Work-Konzepte greifen diese Entwicklungen

auf, indem sie berufliche und persönliche Selbstverwirklichung verbinden, die Kompetenzen, Talente und Wünsche der Mitarbeiter\*innen in den Mittelpunkt rücken und Anpassungen im Arbeitsumfeld wie Ortsunabhängigkeit, ergebnisorientierte Zusammenarbeit über Abteilungen hinweg oder flexible Projektführung mit flachen Hierarchien fördern.

Zwischen 2022 und 2024 erarbeitete das Projekt „WorkNew@Leibniz“ konkrete Ideen, wie dieser Wandel in der Wissenschaft und speziell im Leibniz-Kosmos gelingen kann. Insgesamt beteiligten sich 15 Leibniz-Institute an dem Austausch, koordiniert vom Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft (ZBW), dem Leibniz-Institut für Wissensmedien (IWM) und PRIF. Am PRIF waren Susanne Boetsch und Petra Schmidt federführend beteiligt.

Zu Beginn des Projekts identifizierten die Mitglieder in einem Führungsworkshop zentrale Herausforderungen und Ansatzpunkte für moderne Organisationskultur und erarbeiteten Lösungsvorschläge. Auf dieser Basis entstand die digitale Plattform „WorkNew@Leibniz – Neue Arbeitsformen für die Wissenschaft“.

Mit Fokus auf die drei Dimensionen Raum, Tools und Mensch versammelt die Plattform vielfältige Beiträge im Themenbereich New Work. Die Erfahrungsberichte aus Pilotprojekten, Begriffserklärungen



Eine multimediale Ausstellung präsentierte die Ergebnisse und Informationen der Projektplattform während der Abschlussveranstaltung in Frankfurt. Im Anschluss wurde die Ausstellung auch in der Geschäftsstelle der Leibniz-Gemeinschaft in Berlin gezeigt.

oder Interviews geben Impulse, wie wissenschaftliche Institutionen auch künftig attraktive Arbeitgeber bleiben können.

Darüber hinaus vernetzte das Projekt in verschiedenen Veranstaltungsformaten Perspektiven aus der Wissenschaft und Praxis. Die Veranstaltungsreihe „Cookiebites“ bot beispielsweise Mitarbeiter\*innen der Leibniz-Institute bei einem gemeinsamen digitalen Lunch die Möglichkeit, Best-Practice-Beispiele zu präsentieren und zu diskutieren.

Die Abschlussveranstaltung des Projekts fand am 26. September 2024 im Senckenberg Forschungsinstitut und Naturmuseum in Frankfurt



statt. Unter dem Titel „Work-New Day 3 – KI und New Work: Zukunftsstrategien für Wissenschaftseinrichtungen“ diskutierten Wissenschaftler\*innen, Verwaltungsmitarbeiter\*innen und weitere Interessierte die Ergebnisse des Projekts. Im

Vordergrund standen insbesondere die Herausforderungen und Möglichkeiten, die der Einsatz Künstlicher Intelligenz mit sich bringt – etwa die Automatisierung von Arbeitsanalysen oder innovative Ansätze in der Personalrekrutierung. (hfr)

## INFOBOX

### PROJEKTPLATTFORM WORKNEW@LEIBNIZ

Was ist Gamification? Wofür braucht es „Preboarding“? Und was steckt eigentlich hinter rollenbasiertem Arbeiten? Auf der Projektplattform stellt „WorkNew@Leibniz“ Tipps und Hintergründe zur Verfügung.

Die Webseite wurde in Kooperation mit der Hochschule für Gestaltung (HfG) Offenbach entwickelt.



## Impressum

### **PRIF – LEIBNIZ-INSTITUT FÜR FRIEDENS- UND KONFLIKTFORSCHUNG**

Baseler Straße 27–31, 60329 Frankfurt a. M.

info@prif.org | www.prif.org

#### **HERAUSGEBERIN:**

Prof. Dr. Nicole Deitelhoff,

Geschäftsführendes Mitglied des Vorstands

#### **REDAKTION:**

Elisabeth Waczek, Karin Hammer, Henriette Franken

#### **BEITRÄGE:**

Elisabeth Waczek, Henriette Franken, Karin Hammer, Laura Friedrich, Ursula Grünenwald

#### **GESTALTUNG:**

Anja Feix ([www.gruebelfabrik.de](http://www.gruebelfabrik.de))

#### **FOTOS:**

Fotos der Mitarbeitenden: PRIF/Uwe Dettmar;

S. 8: Daniel Mullis, S. 17: Vocal-NY, flickr, CC BY 2.0; S. 18: Agência Brasil Fotografias, Wikimedia Commons, CC BY 2.0; S. 21: Simone Schnabel; S. 25: PRIF; S. 29: Diesseits – Kommunikationsdesign, Düsseldorf; S. 30: PRIF; S. 36: PRIF; S. 40: Christa Fajen; S. 41: PRIF; S. 46: Elisabeth Waczek/PRIF; S. 52: Rijksmuseum, Wikimedia Commons, CC0 1.0; S. 60: RADIS; S. 63: Christian Lue, Unsplash; S. 67: Kristinn Ingvarsoon; S. 69: Christina Düringer; S. 70: Tessa Bode; S. 71: PRIF.

#### **DRUCK:**

Hasel Druck & Service GmbH, Kriftel

KRÄFTIG  
Kontrollinstitutionen  
TRANSFER Krieg  
Zeiten MENSCHEN  
Lebenspraxis  
FORSCHEN Perspektive  
Mittler RÜST  
ANGENHEIT W



Peace Research Institute Frankfurt  
Leibniz-Institut für  
Friedens- und Konfliktforschung

30 Jahre Leibniz  
Leibniz  
Gemeinschaft